

Niederschrift

Gremium	Sitzung - SR/008(IV)05			
	Wochentag, Datum	Ort	Beginn	Ende
Stadtrat	Donnerstag, 13.01.2005	Plenarsaal des Landtages	14:00Uhr	20:30Uhr

Tagesordnung:

Öffentliche Sitzung

- 1 Eröffnung, Begrüßung und Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung sowie der Beschlussfähigkeit
- 2 Bestätigung der Tagesordnung
- 3 Bestätigung der Beschlussprotokolle der 6.(IV) und 7.(IV) Sitzung vom 02./06.12.2004
- 4 Bekanntgabe der von den beschließenden Ausschüssen und sonst in nichtöffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse
- 5 Anfragen an die Verwaltung

- 6 Beschlussfassung durch den Stadtrat
- 6.1 Wirtschaftsplan 2005 Städtischer Abfallwirtschaftsbetrieb DS0800/04
BE: Beigeordneter für Kommunales, Umwelt und Allgemeine Verwaltung
- 6.2 Jahresabschluss 2003 der AQB Gemeinnützige Gesellschaft für Ausbildung, Qualifizierung und Beschäftigung mbH (AQB) DS0787/04
BE: Bürgermeister
- 6.3 Besetzung im Beirat der "Jobcenter - Arbeitsgemeinschaft Magdeburg GmbH" DS0816/04
BE: Bürgermeister
- 6.3.1 Besetzung im Beirat der "Jobcenter - Arbeitsgemeinschaft Magdeburg GmbH" DS0816/04/
1
- 6.4 Beteiligungsbericht 2004 DS0830/04
BE: Bürgermeister
- 6.5 Bestellung des Wirtschaftsprüfers für die Jahresabschlussprüfung 2003 der P.G.M. Parkraum GmbH Magdeburg DS0866/04
BE: Bürgermeister
- 6.6 Langfristige Zukunftssicherung der FEZM GmbH DS0820/04
BE: Beigeordneter für Wirtschaft, Tourismus und regionale Zusammenarbeit
- 6.7 Jahresabschluss 2002 des Eigenbetriebes Zoologischer Garten Magdeburg DS0825/04
BE: Beigeordneter für Kultur, Schule und Sport
- 6.7.1 Änderungsantrag der CDU-Fraktion
- 6.8 Namensgebung von Schulen DS0735/04
BE: Beigeordneter für Kultur, Schule und Sport
- 6.8.1 Namensgebung von Schulen DS0735/04/
1

6.8.2	Namensgebung von Schulen	DS0735/04/ 2
6.9	Jahresabschluss 2003 des Eigenbetriebes "Städtische Seniorenwohnanlage und Pflegeheime" und Beauftragung des Wirtschaftsprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses 2004 BE: Beigeordnete für Soziales, Jugend und Gesundheit	DS0849/04
6.10	Jahresabschluss 2003 des Städtischen Klinikums Magdeburg BE: Beigeordnete für Soziales, Jugend und Gesundheit	DS0729/04
6.11	Entwurf, Auslegung Bebauungsplan Nr. 268-4 "Steindamm Prester" BE: Beigeordneter für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr	DS0751/04
6.12	Beschluss über die Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 781-3 "An den Gärten" und zur Auslegung des Entwurfes BE: Beigeordneter für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr	DS0182/04
6.12.1	Beschluss über die Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 781-3 "An den Gärten" und zur Auslegung des Entwurfes	DS0182/04/ 1
6.13	Vereinfachte Änderung des Entwurfs zum Bebauungsplan Nr. 354-7 "Albrecht-Thaer-Straße" BE: Beigeordneter für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr	DS0585/04
6.14	Behandlung der Anregungen zum Bebauungsplan Nr. 354-7 "Albrecht-Thaer-Straße" BE: Beigeordneter für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr	DS0586/04
6.15	Satzung zum Bebauungsplan Nr. 354-7 "Albrecht-Thaer-Straße" BE: Beigeordneter für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr	DS0587/04
6.16	Satzung zum Bebauungsplan Nr. 156-1A "Am Krähenberg" BE: Beigeordneter für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr	DS0709/04
6.17	Aufstellung der 3. Änderung des rechtsverbindlichen Bebauungsplanes Nr. 237-1 "Bahnhofsvorplatz" BE: Beigeordneter für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr	DS0741/04

- | | | |
|--------|---|-----------------|
| 6.17.1 | Aufstellung der 3. Änderung des rechtsverbindlichen B-Planes Nr. 237-1 "Bahnhofsvorplatz" | DS0741/04/
1 |
| 6.17.2 | Aufstellung der 3. Änderung des rechtsverbindlichen Bebauungsplanes Nr. 237-1 "Bahnhofsvorplatz" | DS0741/04/
2 |
| 6.18 | Satzung zur zweiten vereinfachten Änderung des Bebauungsplanes Nr. 111-3 "Lerchenwuhne" - Teilbereich A | DS0710/04 |
| 6.19 | Regulierung des strukturellen Defizites des Theaters Magdeburg in den Haushaltsjahren 2005 ff

BE: Beigeordneter für Kultur, Schule und Sport | DS0831/04 |
| 6.19.1 | Regulierung des strukturellen Defizites des Theaters Magdeburg in den Haushaltsjahren 2005 ff | DS0831/04/
5 |
| 6.19.2 | Regulierung des strukturellen Defizites des Theaters Magdeburg in den Haushaltsjahren 2005 ff | DS0831/04/
6 |
| 6.19.3 | Regulierung des strukturellen Defizites des Theaters Magdeburg in den Haushaltsjahren 2005 ff | DS0831/04/
7 |
| 6.19.4 | Regulierung des strukturellen Defizites des Theaters Magdeburg in den Haushaltsjahren 2005 ff | DS0831/04/
8 |
| 7 | Einwohnerfragestunde

Der Stadtrat führt gemäß § 27 Gemeindeordnung LSA zwischen 17.00 Uhr und 17.30 Uhr eine Einwohnerfragestunde durch. | |
| 8 | Beschlussfassung durch den Stadtrat - Anträge | |
| 8.1 | Einheitliche Beschilderung von denkmalgeschützten Häusern

SPD - Fraktion
WV v. 09.09.04 | A0133/04 |

8.1.1	Einheitliche Beschilderung von denkmalgeschützten Häusern	S0264/04
8.2	Bürgerdienst "Hausbesuch" Fraktion Bündnis 90/Die Grünen WV v. 04.11.04	A0154/04
8.2.1	Bürgerdienst Hausbesuche	S0285/04
8.3	Ausstellung Drittes Reich CDU- Fraktion WV v. 04.11.04	A0159/04
8.3.1	Ausstellung Drittes Reich	S0294/04
8.4	Neue EU-Richtlinie zur Luftverschmutzung SPD- Fraktion	A0178/04
8.5	Verkehrsberuhigung Pfälzer Straße/Uni-Gelände Fraktion Bündnis 90/Die Grünen	A0179/04
8.6	Flexibilisierung von Kinderbetreuungsangeboten Fraktion Bündnis 90/Die Grünen	A0180/04
8.7	Jahresplan 2005 für Einwohnerversammlungen Fraktion Bündnis 90/Die Grünen	A0181/04
8.8	Verbesserung der Internetseiten des Jugendamtes Fraktion future! - die jugendpartei	A0182/04
8.9	Eckwerte für den Haushalt 2006 Fraktion Bündnis 90/Die Grünen	A0183/04
8.10	Komplettierung Magdeburger Reiter Fraktion Bund für Magdeburg/Tierschutz	A0184/04
8.10.1	Komplettierung Magdeburger Reiter	A0184/04/1

8.11	Errichtung eines Kreisverkehrs Fraktion Bund für Magdeburg/Tierschutz	A0185/04
8.12	Vergabe des Auftrages zur Vermarktung des Wasserstraßenkreuzes an einen privaten Unternehmer FDP-Fraktion	A0001/05
8.13	Mäzenepreis für Magdeburg FDP-Fraktion	A0002/05
8.14	Übernahme einer Hilfspartnerschaft für eine Stadt in der Seebebenregion FDP-Fraktion	A0003/05
9	Informationsvorlagen	
9.1	Bericht über kommunale arbeitsmarktpolitische Ergebnisse per 31.09.2004 - Kurzfassung -	I0350/04
9.2	Öffnungszeiten der Museen zum Stadtjubiläum	I0355/04
9.3	Städtische Gesellschaften - Steuerrecht - Liquidität - Insolvenz	I0359/04
9.4	Stadtumbau Ost - Wohnungsrückbau Neu Olvenstedt - Bereich Rennebogen	I0363/04
9.5	Bericht des Integrationsteams zur Situation der behinderten Beschäftigten der Landeshauptstadt Magdeburg	I0370/04
9.6	Einwohnerversammlung Salbke/Westerhüsen	I0403/04

Nichtöffentliche Sitzung

- 10 Beschlussfassung durch den Stadtrat
- 10.1 Bestellung des Betriebsleiters des Eigenbetriebes "Städtische Seniorenwohnanlage und Pflegeheime" DS0843/04
BE: Beigeordneter für Kommunales, Umwelt und Allgemeine Verwaltung
- 10.2 Deponie Hängelsberge - Altkörper, Errichtung der temporären Oberflächenabdeckung BA 1 DS0745/04
BE: Beigeordneter für Kommunales, Umwelt und Allgemeine Verwaltung
- 10.3 Unbefristete Niederschlagung einer Gewerbesteuerforderung DS0771/04
BE: Bürgermeister
- 10.4 Unbefristete Niederschlagung einer Gewerbesteuerforderung DS0783/04
BE: Bürgermeister
- 10.5 Widerspruchsbescheid zum Erlass von steuerlichen Nebenforderungen für SKL-Industrieverwaltung GmbH & DS0789/04
BE: Bürgermeister
- 11 Informationsvorlagen
- 11.1 PPP-Modell für Magdeburger Schulen I0402/04
- 11.2 Vergabe der Unterhaltsreinigung, Glas- und Rahmenreinigung der Schulen in der Stadt Magdeburg I0412/04

Öffentliche Sitzung

1. Eröffnung, Begrüßung und Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung sowie der Beschlussfähigkeit

Der Vorsitzende des Stadtrates Herr Balzer eröffnet die 8. (IV) Sitzung und begrüßt die anwesenden Stadträtinnen und Stadträte, Gäste und Mitarbeiter der Verwaltung. Er stellt die Ordnungsmäßigkeit der Einladung und die Beschlussfähigkeit fest.

Soll	56 Stadträtinnen/Stadträte		
Oberbürgermeister	1		
zu Beginn anwesend	43	“	“
maximal anwesend	54	“	“
entschuldigt	3	“	“

In Gedenken an die Opfer der Flutkatastrophe in Asien legt der Stadtrat eine Gedenkminute ein.

Der Vorsitzende des Stadtrates Herr Balzer informiert über den Ablaufplan der Gedenkveranstaltung zum 60. Jahrestag der Zerstörung Magdeburgs am 16.01.2005 und über die Situation bezüglich der Kundgebung der rechten Szene am 15. Januar 2005 und der zahlreich geplanten Gegenaktionen.

2. Bestätigung der Tagesordnung

Der Antrag der PDS-Fraktion, den Dringlichkeitsantrag A0005/05 – Kita Walbecker Straße auf die heutige Tagesordnung zu setzen, findet keine 2/3 Mehrheit und wird vom Stadtrat **abgelehnt**.

Der Vorsitzende der Fraktion Bündnis 90/Grüne Stadtrat Westphal zieht den Antrag A0154/04 – TOP 8.2 von der **heutigen** Tagesordnung **zurück**.

Die veränderte Tagesordnung wird vom Stadtrat mehrheitlich, bei einigen Gegenstimmen und Enthaltungen **beschlossen**.

3. Bestätigung der Beschlussprotokolle der 6.(IV) und 7.(IV) Sitzung vom 02./06.12.2004

Beschlussprotokoll der 6. (IV) Sitzung des Stadtrates vom 02.12.04

Redaktionelle Änderung der Verwaltung:

Auf der Seite 4 muss es unter TOP 8.3 richtig heißen: **A0165/04**

Redaktionelle Änderung der CDU-Fraktion:

Auf der Seite 20 ist als 4. Absatz einzufügen:

5.12 vorliegende schriftliche Anfrage (F0249/04) des Stadtrates Stern, CDU-Fraktion

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Dr. Trümper,

gemäß Information I0324/04 betrachten Sie die Beantwortung vom Oktober 2004 durch mündliche Stellungnahme als erledigt.

Der gleiche Sachverhalt trifft auch auf die Information I0298/04 für die Septembersitzung 2004 zu.

Die Anfragen enthalten aber den ausdrücklichen Hinweis darauf, dass eine schriftliche Stellungnahme gewünscht wird.

Daher stellen wir folgende Frage:

Beabsichtigt die Stadtverwaltung auch zukünftig dem formulierten Wunsch der CDU-Ratsfraktion bzgl. einer schriftlichen Stellungnahme nicht zu entsprechen?

Neben einer kurzen mündlichen Beantwortung der Anfrage, bitten wir um eine schriftliche Stellungnahme.

Redaktionelle Änderungen der Fraktion Bündnis 90/Grüne:

Auf der Seite 42 ist der erste Absatz wie folgt zu formulieren:

Der Vorsitzende der Fraktion Bü/90 Grüne Stadtrat Westphal nimmt kritische zur vorliegenden Kosten- und Finanzierungsübersicht Stellung und prognostiziert für die kommenden Jahre ein **zusätzliches Defizit von mindestens 10 Mio Euro zu den ausgewiesenen rd. 60 Mio Euro.**

Auf der Seite 46 ist der 10. Absatz wie folgt zu formulieren:

Im Rahmen der anschließenden Diskussion hinterfragt Stadtrat Westphal, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, die Bedeutung **einer zeitgemäßen Rolandfigur und geht auf Aspekte einer modernen Symbolik für den Ausdruck kommunaler Selbstverwaltung als Grundlage des demokratischen Staatswesens ein.** Er bittet um Zustimmung zum Änderungsantrag DS0728/04/3 des Ausschusses K.

Das geänderte Beschlussprotokoll der 6. (IV) Sitzung des Stadtrates am 02.12.04 wird vom Stadtrat einstimmig **bestätigt.**

Beschlussprotokoll der 7.(IV) Sitzung des Stadtrates am 06.12.04

Redaktionelle Änderung der SPD-Fraktion:

Auf der Seite 4 ist im 2. Absatz der letzte Satz wie folgt zu ändern:

Stadtrat Lischka unterstützt **den** vorliegenden **Änderungsantrag** DS0831/04/2 des Ausschusses K.

Redaktionelle Änderung der Verwaltung:

Auf der Seite 5 muss die Beschluss-Nr. richtig heißen:

Beschluss-Nr. 270-7(IV)04

Das geänderte Beschlussprotokoll der 7. (IV) Sitzung des Stadtrates am 06.12.04 wird vom Stadtrat einstimmig **bestätigt.**

4. Bekanntgabe der von den beschließenden Ausschüssen und sonst in nichtöffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse

Hierzu liegt eine schriftliche Tischinformation vor.

5. Anfragen an die Verwaltung

5.1. Vorschlag des Stadtratsvorstandes zum Umgang mit Anfragen an die Verwaltung

Der Vorsitzende des Stadtrates Herr Balzer zieht den TOP 5.1 **zurück**. Er bittet darum, über den Verwaltungsausschuss und in der Folge Änderungen in der Geschäftsordnung des Stadtrates eine Klärung herbeizuführen.

5.2 Schriftliche Anfrage (F0010/05) des Stadtrates Grünert, PDS-Fraktion

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

im Rahmen der Haushaltsdebatte wurde der Antrag der PDS-Fraktion zur Ausdehnung des Sozialpasses auch auf alle ALG II-Empfänger durch die Mehrheit des Stadtrates abgelehnt. Damit haben nur die nicht arbeitsfähigen SozialhilfeempfängerInnen das Recht, die Vergünstigungen des Sozialpasses in Anspruch zu nehmen. Da der Stadthaushalt noch nicht genehmigt ist, erfolgt derzeit keine Bearbeitung der Anträge zu Beantragung des Sozialpasses.

Ich frage den Herrn Oberbürgermeister:

1. Warum wird die Bearbeitung der Antragstellungen derzeit ausgesetzt, obwohl der Sozialpasses langfristig, also ohne zeitliche Begrenzung, angelegt wurde?
2. Erfolgt bei Genehmigung des Haushaltes durch das Landesverwaltungsamt eine Rückwirkung zum 01. Januar 2005 und wenn nicht warum?
 3. Wie erfolgt in diesem Jahr die Berücksichtigung sozial schwacher Familien bei den Elternbeiträgen zur Sicherung des Rechtsanspruches auf Kinderbetreuung?
 4. Nach welchen anderen Kriterien soll die Nutzung der Magdeburger Tafel durch bedürftige MagdeburgerInnen ermöglicht werden? Bisher galt der Sozialpass.

Ich bitte um mündliche und schriftliche Beantwortung.

Antwort der Beigeordneten für Soziales, Jugend und Gesundheit Frau Bröcker:

Bei dem Magdeburg-Pass handelt es sich um eine freiwillige Leistung. Da wir uns gegenwärtig in der vorläufigen Haushaltsführung befinden, können wir diese freiwilligen Leistungen nicht bewilligen. Das bedeutet, dass die Anträge, die gegenwärtig gestellt werden, bearbeitet werden

und mit der Haushaltsgenehmigung die Leistungen rückwirkend zum Datum der Antragsstellung gewährt werden.

Was die Berücksichtigung bei den Elternbeiträgen für die KiTa-Gebühren angeht, so ist da die Rechtslage eine andere. Nach KJHG handelt es sich bei der Ermäßigung der Elternbeiträge um eine Pflichtleistung. Die Ermäßigungen werden dort, obwohl der Magdeburg-Pass gegenwärtig nicht bearbeitet wird, gewährt. Allerdings muss das Jugendamt jetzt selbst die Berechnungen anstellen und hat insofern einen etwas größeren Aufwand.

Was die Magdeburger Tafel und die Inanspruchnahme dieser Einrichtung angeht, ist es so, dass wir hier die Kriterien noch einmal überprüfen müssen. Bislang war die Inanspruchnahme nur für Magdeburg-Pass-Inhaber möglich. Mit der Neueinführung vom SGB II haben wir natürlich eine sehr viel größere potentielle Zahl von Inanspruchnehmenden. Es sind etwa 21.000 Haushalte, die jetzt ALG-II-Bezieher sind. Aus sozialer Sicht ist es auch nicht sinnvoll, all diesen Familien das Angebot der Tafel zu machen, denn sie können sich ja weitestgehend auch selbst versorgen. Insofern ist die Tafel für die Notfälle gedacht und diese hat die AQB bislang auch definiert. Jetzt muss man sicherlich zu einer Neujustierung kommen.

Die Antwort erfolgt schriftlich durch die Verwaltung.

5.3 Schriftliche Anfrage (F0009/05) des Stadtrates Grünert, PDS-Fraktion

Entwurf eines Gesetzes über die Grundsätze für die Regelung der Stadt-Umland-Verhältnisse und die Neugliederung der Landkreise (Kommunalneugliederungs-Grundsatzgesetz)

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,
den Kommunen wurde Anfang Dezember 2004 der o. g. Gesetzentwurf zur Stellungnahme zugeleitet. Die Anzuhörenden haben die Möglichkeit, ihre Standpunkte bis zum 13.01.2005 dem federführenden Ministerium für Bau und Verkehr zur Kenntnis zu geben.

Ich frage Sie:

1. Wann wird der Stadtrat über die Stellungnahme der Landeshauptstadt Magdeburg in Kenntnis gesetzt?
2. Warum wurden die zuständigen Ausschüsse für Wirtschaft, Tourismus und Regionale Zusammenarbeit sowie Kommunalrecht und Bürgerangelegenheiten nicht in die Erarbeitung der Stellungnahme einbezogen?
 3. Wie soll diese Themenstellung im Rahmen der Regionalversammlung thematisiert und behandelt werden?

Ich bitte um mündliche und schriftliche Beantwortung.

Antwort des Oberbürgermeisters Herrn Dr. Trümper:

Zur Anfrage zum Gesetzentwurf kann ich Ihnen mitteilen, dass dieser der Stadtverwaltung am 14. 12. 2004 zugegangen ist. Der Termin für die Beantwortung beim Ministerium war der 13.01.2005, beim Städte- und Gemeindebund war es der 11.01.2005 – diese Termine haben wir eingehalten. Ich habe gestern unterschrieben, dass die Fraktionen die Stellungnahme und den Gesetzestext schriftlich bekommen mit der Bitte, mir bis 31.01.2005 die Positionen der Fraktionen mitzuteilen. Es wird im Landtag eine Anhörungsphase geben. Dann kann jeder seine Meinung einbringen. Eine Ausschussbeteiligung war in der kurzen Zeit nicht machbar.

5.4 Schriftliche Anfrage F0005/05 des Stadtrates Seifert, CDU-Fraktion

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Dr. Trümper,

im November vorigen Jahres waren u. a. Mitglieder des Kulturausschusses auf Einladung des Kulturamtes in Wuppertal bei dem Künstler Tony Cragg. Es wurde uns ein Modell vorgestellt, welches einmal den Universitätsplatz zieren soll. Noch im Dezember 2004 sollte Tony Cragg der Verwaltung und dem Stadtrat sein Werk vorstellen.

Wir haben jetzt Mitte Januar, wie geht es weiter?

Neben einer kurzen mündlichen Beantwortung der Anfrage, bitte ich um eine schriftliche Stellungnahme.

Antwort des Beigeordneten für Kultur, Schule und Sport Herrn Dr. Koch:

Herr Prof. Cragg hat zugesagt, dass innerhalb der nächsten drei Wochen das entsprechende Modell vorliegt. Es ist vorgesehen, dieses Modell in einer möglichst gemeinsamen Beratung verschiedener Ausschüsse in der 6. oder 7. Kalenderwoche zu diskutieren.

5.5 Schriftliche Anfrage (F0253/04) de Stadtrates Wähnelt, Fraktion Bündnis 90/Grüne

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

am 9.9.2004 hat der Stadtrat mit dem Bebauungsplan 239-3 „Regierungsstraße“ ohne Gegenstimme (!) beschlossen, dass die Ostseite des Breiten Weges zwischen Bärstraße und Goldschmiedebrücke Fußgängerbereich werden soll. Uns interessieren nun die Art und der Zeitpunkt der Umsetzung dieses Beschlusses.

Deshalb fragen wir:

1. Welche Planungen existieren bereits zur Umgestaltung der Ostseite des Breiten Weges zwischen Bärstraße und Goldschmiedebrücke zum beschlossenen Fußgängerbereich ?
2. Welche flankierenden Maßnahmen sind für alternative Strecken für den motorisierten Verkehr geplant ?
3. Wann sollen entsprechende Maßnahmen umgesetzt werden ?
4. Wann werden entsprechende Konzepte im StBV bzw. Stadtrat vorgelegt ?

Wir bitten um mündliche Beantwortung und Vorstellung der angefragten Planungen in einer der nächsten Sitzungen des Stadtplanungsausschusses.

Antwort des Beigeordneten für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr Herrn Kaleschky:

Das Innenstadtverkehrskonzept entspricht dem Stadtratsbeschluss von Oktober 1995. Auf dieser Grundlage bauen wir gegenwärtig den Tunnel am Uniplatz, ertüchtigen das Schleinufer und haben konsequenter Weise diesen Bereich der als Fußgängerbereich ausgewiesen worden ist, auch in diesen B-Plan aufgenommen. Das bedeutet aber nicht, dass wir diese Maßnahme umsetzen müssen. Erst wenn ein Bedürfnis besteht. Wenn kein Bedürfnis mehr besteht, den Breiten Weg in diesem Abschnitt zu befahren, werden wir entsprechende Vorschläge unterbreiten. Ich möchte allerdings dazu etwas sagen, was mit dem B-Plan Regierungsstraße nicht direkt Bezug hat, aber aus anderen Überlegungen auch mit der Umleitungsgestaltung eine Rolle spielt. Wir untersuchen im Moment, ob man in der Achse Himmelreichstraße-Bärbogen eine Möglichkeit finden kann, den Breiten Weg zu überqueren. Da spielen auch die Belange der Straßenbahn eine Rolle. Das muss sehr sorgfältig geprüft werden. Dies hielten wir unter verschiedenen Aspekten für sehr sinnvoll und wollen das entsprechend weiter verfolgen.

5.6 Schriftliche Anfrage (F0011/05) des Stadtrates Klein, FDP-Fraktion

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

Zur Vorbemerkung: die FDP Stadtratsfraktion wendet sich in aller Entschiedenheit gegen Kundgebungen der rechten Szene in unserer Stadt. Zu der Banneraktion am Rande der Marschroute am 15.1.2005 stellen sich für die Fraktion jedoch folgende Fragen:

1. Welches Gremium der Stadtverwaltung hat die Bannertexte vorgeschlagen, die in einem Brief des Amtes 13 an die Fraktionsvorsitzenden vom 5. Januar 2005 genannt werden? In welcher Form und wann wurden die im Stadtrat vertretenen Fraktionen hinsichtlich der geplanten Bannertexte informiert, beziehungsweise vorbereitend in den Abstimmungsprozess einbezogen, um der in der vergangenen Stadtratssitzung einhellig geäußerten Auffassung Rechnung zu tragen, mit den Bannertexten geschlossen ein Signal gegen rechte Umtriebe in der Stadt zu setzen?
2. Aus welchen Mitteln werden diejenigen Banner finanziert, die die oben angegebenen Texte wiedergeben?
3. Entsprechen die Texte auf den obengenannten Bannern der durch den Oberbürgermeister anlässlich der letzten Stadtratssitzung vertretenen und durch die FDP Stadtratsfraktion uneingeschränkt geteilten Intention, keine konfrontative Position gegenüber den Marschierern aus der rechten Szene zu erzeugen beziehungsweise erzeugen zu wollen?

Antwort des Oberbürgermeisters Herrn Dr. Trümper:

Ich habe das Theater gebeten, diese Transparente herzustellen. Allerdings standen vor Weihnachten keine finanziellen Mittel zur Verfügung. Ich bin dankbar, dass die Fraktionen sich bereit erklärt haben, einen gewissen Teil der Finanzierung mit zu übernehmen. Es gab vor Weihnachten eine etwas andere Formulierung der Transparente. Das haben einige als etwas zu „weich“ angesehen. Ich lese es vor, was dort stehen sollte: „Weltoffenheit und Verständigung, für Frieden und Toleranz; gegen das Vergessen; gegen Gewalt und Intoleranz.“

Das gilt immer, ist auch richtig, aber es hat kein Signal, dass es hier ganz klar gegen Rechte und gegen Nazis geht, die in Magdeburg aufmarschieren wollen. Auch diese linken Schmierereien, die die Stadt verschandelt haben vor Weihnachten sind nicht in Ordnung, aber gegen die geht es an diesem Tage nicht. Es geht eindeutig gegen die Rechten, die auf der Straße sind. Für die jetzigen Texte übernehme ich die volle Verantwortung. Sie sind deutlicher als die Ersten. Ich möchte keine Gegendemonstration, aber ich möchte ein klares Signal haben, dass wir das, was dort geschieht, nicht wollen. Alles andere wird in diesen Stunden mit der Polizei abgestimmt, um die Konfrontationen in der Stadt möglichst gering zu halten. Wir werden sie nicht komplett verhindern können. Diese Illusionen darf man nicht haben, weil auch die linken Extremisten, die Sie gerade angesprochen haben, in anderen Städten dazu aufgerufen haben, nach Magdeburg zu kommen.

5.7 Schriftliche Anfrage (F0015/05) des Stadtrates Ruden, CDU-Fraktion

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Dr. Trümper,

das Internetangebot der Stadtbibliothek leidet unter dem langsamen Aufklappen der Seiten.

Daher möchte ich Sie Folgendes fragen:

1. Wer ist der Netz-Provider der Terminalanlage und mit welcher Geschwindigkeit arbeiten die Datenleitungen?
2. Gibt es eine technische Möglichkeit, die Geschwindigkeit auf DSL-Niveau zu heben?
3. Wie ist der spezifische Nutzungsgrad der Internet-Terminals?
4. Gibt es Untersuchungen zum Kostendeckungsgrad der Datentechnik in Abhängigkeit vom Nutzungsgrad der Terminals?

Neben einer kurzen mündlichen Beantwortung der Anfrage, bitte ich um eine schriftliche Stellungnahme.

Die Antwort erfolgt schriftlich durch die Verwaltung.

5.8 Schriftliche Anfrage (F0006/05) des Stadtrates Krause, PDS-Fraktion

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

gemessen an dem ZOB in der Maibachstraße zeigt sich der zentrale Verkehrsknotenpunkt Damaschkeplatz aus städtebaulicher Sicht in einem völlig unansehnlichen Zustand.

Außerdem wird mehr und mehr die Frage aufgeworfen, wie die verwinkelte Bauart insbesondere im Zusammenhang mit der Fußgängerunterführung gerade in den Abend- bzw. Nachtstunden den Benutzerinnen und Benutzern des städtischen Nahverkehrs die gebotene Sicherheit garantiert.

Ich frage Sie und die Stadtverwaltung:

Welche Vorstellungen gibt es gerade angesichts des bevorstehenden Stadtjubiläums hinsichtlich einer Sanierung oder Neugestaltung des Verkehrsknotenpunktes Damaschkeplatz?

Mit welchem Bau- bzw. Finanzaufwand ist in diesem Zusammenhang zu rechnen?

Antwort des Oberbürgermeisters Herrn Dr. Trümper:

In diesem Jahr steht dazu nichts im Haushaltsplan. Wir werden den Damaschkeplatz in Gänze erst gestalten können, wenn die Bahn sich zu ihrer Entscheidung bekennt.

5.9 Schriftliche Anfrage (F0255/04) des Stadtrates Westphal, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

Nach unserer Kenntnis wurde der 25.000 Zuschauer fassende und 30,9 Millionen Euro teure Neubau des Fußballstadions vom Landesverwaltungsamt mit einer Reihe von Auflagen genehmigt.

Wir fragen deshalb an:

1. Welche Auflagen wurden seitens des Landesverwaltungsamtes konkret erteilt ?
2. Wie wurden oder werden diese und mit welchem finanziellen Aufwand erfüllt ?

Um mündliche Beantwortung in der Stadtratssitzung am 13. 01.05 wird gebeten und bei Bedarf um notwendige schriftliche Ergänzungen.

Antwort des Oberbürgermeisters Herrn Dr. Trümper:

Es gab zu dem Genehmigungsverfahren vom Landesverwaltungsamt keine Auflagen. Es gab 4 Nebenbestimmungen, die inzwischen alle ausgeräumt sind, weil wir inzwischen die Genehmigung haben. Ich nenne sie hier aber noch einmal. Wir haben sie in einem Schreiben vom 30. 11. 2004 beantwortet.

1. Eventuelle Erhöhung der jährlichen Betriebskostenzuschüsse. Sie müssen wieder in Halle vorgelegt werden. Das wird erst in 5 Jahren frühestens der Fall sein, darüber zu entscheiden.
2. 40 Millionen Veräußerungserlöse zu erzielen
3. Nachschussverpflichtung, die im Vertrag festgelegt festgelegt war, musste vom Betreiber erhöht werden. Dies hat er zugesagt.
4. Vorlage der Verträge nach Unterschrift.

Wir haben das alles erfüllt.

5.10 Schriftliche Anfrage (F0007/05) des Stadtrates Stern, CDU-Fraktion

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Dr. Trümper,

in einer öffentlichen Fraktionssitzung wurden von Bürgerinnen und Bürgern die Schwierigkeiten bei der Überquerung der Leipziger Chaussee in der Höhe der Straße Am Hopfengarten geschildert.

Insbesondere Schulkinder sind von der aktuellen Situation negativ betroffen. Nach dem Brand in der Sporthalle der Lindenhofschule wird der Sportunterricht teilweise in der Sporthalle der Sekundarschule „Heinrich Reichel, auf der anderen Seite der Leipziger Chaussee, abgehalten. Des Weiteren müssen die Schülerinnen und Schüler ab 5. Klasse aus den Gebieten östlich der Leipziger Chaussee zur Beschulung in die Sekundarschule „August-Wilhelm Francke“ ebenfalls die oben genannte Straße überqueren.

Neben dem bereits benannten Personenkreis gibt es noch weitere Betroffene, so zahlreiche Senioren. Auch der Kraftfahrzeugverkehr hat erhebliche Probleme in diesem Straßenabschnitt. Die bereits vorhandenen Querungshilfen sind für das gesteigerte Verkehrsaufkommen nicht mehr ausreichend.

Zu der genannten Thematik wurden in der Vergangenheit bereits im Zusammenhang mit der Verkehrsproblematik Hopfengarten Ausführungen durch die Verwaltung gemacht.

Daher stelle ich folgende Fragen:

1. Ist der Verwaltung der aktuelle unsichere und unbefriedigende Zustand bekannt?
2. Welche Möglichkeiten sieht die Stadtverwaltung, die vorhandenen Probleme durch die Errichtung einer Lichtsignalanlage zu beseitigen?

Neben einer kurzen mündlichen Beantwortung der Anfrage, bitten wir um eine schriftliche Stellungnahme.

Antwort des Beigeordneten für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr Herrn Kaleschky:

Die Situation in der Leipziger Chaussee ist uns bekannt. Wir haben vor geraumer Zeit dort eine Querungshilfe eingerichtet, allerdings mit der Erkenntnis, dass diese nicht ausreicht. Das Problem ist u. a. auch, dass der Rechtsabbieger nicht wegkommt in Richtung Leipziger Chaussee und Ausweichfahrten in die Nebenstraßen stattfinden und dass die Kinder nicht ausreichend sicher über die Straße kommen. Wir haben im Moment die Absicht, zum frühestmöglichen Zeitpunkt, wobei ich mich nicht auf ein Jahr festlegen kann, entweder eine Lichtsignalanlage zu errichten, nicht nur eine Fußgängerlichtsignalanlage, sondern eine Kreuzungslightsignalanlage oder eventuell zu prüfen, ob wir einen Kreisverkehr dort realisieren. Das ist insofern komplizierter, weil wir auf der gegenüberliegenden Seite noch die Freihaltetrasse für die Straßenbahn haben. Die müssen wir noch berücksichtigen. Allerdings ist in östlicher Richtung

noch unbebautes Land und man könnte den Kreisverkehr in Richtung Osten verschieben. Wir arbeiten daran und greifen das mit Nachdruck auf.

5.11 Schriftliche Anfrage (F0008/05) des Stadtrates Stern, CDU-Fraktion

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Dr. Trümper,

im Stadtratsbeschluss (Beschluss-Nr. 1726-48(III)03) vom 11.04.2002 zum CDU-Antrag A0181/01 wurde festgelegt, dass ein Erfahrungsbericht zu den Magdeburger Wochenmärkten zu erstellen ist. Auf der Grundlage dieses Berichtes sollten Vorschläge zur Verbesserung der damaligen Situation gemacht werden.

Die geforderten Unterlagen wurden auch unter der Mitwirkung zahlreicher Beteiligter (z. B. Weiße Flotte Magdeburg GmbH, Markthändler sowie IG Innenstadt) erstellt.

Seit mittlerweile 2 Jahren liegt das fertige Konzept vor.

Zum 1200jährigen Stadtjubiläum wird es nun aus Sicht der CDU-Ratsfraktion endlich Zeit, die damals gemachten Verbesserungsvorschläge endlich umzusetzen.

Daher stelle ich folgende Fragen:

1. Wie ist der Umsetzungsstand der vorliegenden Verbesserungsvorschläge für die Wochenmärkte in der Landeshauptstadt Magdeburg?
2. Welche kurzfristigen Maßnahmen zur Attraktivitätssteigerung des Wochenmarktes auf dem Alten Markt werden aus Anlass des 1200jährigen Stadtjubiläums ergriffen?
3. Worauf basiert die zeitliche Verzögerung bei der Umsetzung des vorhandenen Konzepts?

Neben einer kurzen mündlichen Beantwortung der Anfrage, bitten wir um eine schriftliche Stellungnahme.

Antwort des Beigeordneten für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr Herrn Kaleschky:

Zu der Frage Märkte habe ich auf der Grundlage Ihrer Anfrage nochmals vom Geschäftsführer der Weißen Flotte eine klare Aussage, dass ab Anfang Februar der Eingangsbereich des Marktes ordnungsgemäß beschildert und gestaltet wird, dass die Stände mit grün-roten Schirmen ausgestaltet werden, sodass sich der Wochenmarkt ab Anfang Februar 2005 in einer dem Stadtjubiläum würdigeren Form gestaltet. Natürlich muss man immer folgendes bedenken: Wir haben uns alle über den Weihnachtsmarkt gefreut, der aber nur über vier Wochen geht. Der Wochenmarkt muss aber jeden Tag beräumt werden. Das heißt, der Charakter wird etwas anders sein. Aber ich denke, dass damit ein Fortschritt erreicht wird. Im übrigen habe ich festgelegt, dass Dr. Tümmler sich mit Herrn Bumbke in Verbindung setzt und Gedanken austauschen, damit auch auf diesem Wege die entsprechende Qualität gesichert wird.

5.12 Schriftliche Anfrage (F0014/05) des Stadtrates Stern, CDU-Fraktion

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Dr. Trümper,

zum dritten Mal bewertete das Bad Homburger Wirtschaftsforschungsinstitut Feri für Capital die ökonomischen Perspektiven der wichtigsten deutschen Regionen bis zum Jahr 2011. Die Auffassungen Ihrer Kollegen Ude (OB München) und Tiefensee (OB Leipzig) sind dort nachzulesen.

Wie ist Ihre Auffassung, Herr Oberbürgermeister, zu dem Städteranking und welche Schlussfolgerungen sind evtl. in der Verwaltung bereits diskutiert worden?

Neben einer kurzen mündlichen Beantwortung der Anfrage, bitten wir um eine schriftliche Stellungnahme.

Antwort des Oberbürgermeisters Herrn Dr. Trümper:

Wenn man die Aufstellung so liest und feststellt, dass Magdeburg von 60 Städten auf dem 56. Platz liegt, ärgert man sich. Man stellt aber auch fest, dass drei ostdeutsche Städte vor uns liegen. Bei Dresden weiß jeder, woran es liegt, und zwar auch daran, dass der Traditions-kern der ehemaligen DDR-Wirtschaft - Robotron, Elektronik war. Dies hat die großen Investoren angezogen. In Leipzig ist es BMW, der Flugplatz, die Messe, Porsche und Quelle. Jetzt ist die Frage, warum sind wir als sachsen-anhaltinische Städte soweit unten. Halle liegt noch hinter uns, Chemnitz, Rostock und Schwerin liegen auch noch hinter uns. Das zeigt, dass es ein gesamtes Problem im Osten gibt. Bis auf die Ausnahmefälle, die ich eben genannt hatte. Wenn der Flugplatz Halle/Leipzig nicht durch Eingemeindung zu Leipzig gekommen wäre, wäre DHL auch nicht auf Leipziger Territorium. Das trägt entscheidend dazu bei, dass die Prognose für 2011 für Leipzig so gut ist. Wenn wir im Land nichts ändern, dann werden wir auf Dauer mit unseren Städten in Sachsen-Anhalt so weit unten bleiben. Das können wir auf dem Territorium der Stadt Magdeburg nicht nachholen. Wenn Halle die Chemieregion in ihrem Territorium hätte, würden die ganz woanders stehen. Sie hätten ein Milliarden Steueraufkommen in den nächsten Jahren. Das spielt eine entscheidende Rolle. Wir werden uns natürlich weiterum bemühen, Investoren nach Magdeburg zu bekommen. Man muss aber auch zur Kenntnis nehmen, bei allem Frust, den man dabei haben kann, dass wir auch einige Städte, die vergleichbar mit uns sind, hinter uns gelassen haben. Wir dürfen aber auch keine Illusionen haben. Mit einer Stadt wie München können wir uns nicht messen. Der Abstand wird sogar größer werden. Die Bevölkerungsentwicklung führt dazu, dass das Aufkommen an Einkommen kleiner wird. Das heißt für die Prognose, da gibt es Zuwachs, bei uns gibt es einen Abschwung. Wir müssen Ansiedlungen bekommen und Bevölkerungszuwachs in der Großstadt haben.

5.13 Schriftliche Anfrage (F0003/05) des Stadtrates Zimmer, PDS-Fraktion

Mit Datum vom 07.06.2001 wurde durch den Stadtrat unter der Beschluss-Nr. 1259-33(III)01 die Verwaltung beauftragt, eine flächendeckende Versorgung mit Bürgerbüros in Magdeburg umzusetzen.

Dies sollte für den Bürger eine Verbesserung des Kundenservices sowie eine Steigerung der Dienstleistungsqualität zur Folge haben.

Eine Reihe von Bürgerbüros wurden bereits eröffnet.

Auch für den Süden von Magdeburg ist ein Bürgerbüro vorgesehen, dass aber bisher nicht realisiert wurde.

(Dem Süden der Stadt Magdeburg kann man folgende Stadtteile zuordnen:

Hopfgarten, Lemsdorf, Ottersleben, Reform (Neu- und Altreform), Leipziger Chaussee sowie die Leipziger Str.)

Ich frage deshalb den Herrn Oberbürgermeister:

- Wie ist der Stand der Realisierung des Bürgerbüros?
- Wo und wann soll das Bürgerbüro realisiert werden?
- Sollte das Bürgerbüro in Neureform eröffnet werden, kann der Bürgerinitiative „Alt und Jung für Reform“ für ihre Arbeit ein Raum zur Verfügung gestellt werden?

Ich bitte um eine schriftliche Beantwortung.

Antwort des Beigeordneten für Kommunales, Umwelt und Allgemeine Verwaltung Herrn Platz:

Ich habe zu dieser Anfrage im vergangenen Jahr Stellung bezogen. Wir stehen zum Bürgerbüro Süd. Wir halten es auch für eine angemessene Maßnahme, um die bürgernahe Versorgung mit bestimmten kommunalen Dienstleistungen neben vielen anderen Projekten anzubieten. Es gibt einen konkreten Vorschlag meines Dezernats. Ich hoffe, dass wir nach Klärung noch einiger offener Fragen zu einer zeitnahen Entscheidung kommen.

5.14 Schriftliche Anfrage (F0002/05) des Stadtrates Giefers, Fraktion Bündnis 90/Grüne

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

Kürzlich erhielten wir, und sicher auch die anderen Fraktionen des Stadtrates, den Text für einen Einwohnerantrag zum Magdeburg-Pass. Es wird angekündigt, mit der Sammlung der gemäß § 24 Absatz 4 GO-LSA notwendigen Unterzeichner am 10. Januar zu beginnen.

In der Begründung zum Antragstext wird ausgeführt: „Mit Inkrafttreten der Hartz IV-Gesetze entfallen die Grundlagen des bisher gültigen Stadtratsbeschlusses. ALG 2-Empfängern wurde auf

Nachfrage von der Stadtverwaltung mitgeteilt, bisher vergebene Magdeburg-Pässe hätten ihre Gültigkeit verloren, neue würden z.Zt. nicht ausgestellt“.

Wir haben deshalb folgende Anfragen dazu:

1. Trifft es zu, das der Magdeburg-Pass aufgrund der neuen Hartz IV-Regelungen nicht mehr ausgegeben wird ? Wenn ja, wann und wer er hat dieses beschlossen ?
2. Plant die Stadt Magdeburg auf der Grundlage der neuen Hartz IV-Regelungen, die Modalitäten zur Ausgabe des Magdeburg-Pass neu zu regeln ? Wenn ja, wann wird dies dem Stadtrat zur Beratung und Beschlussfassung vorgelegt ?

Um kurze mündliche und ausführliche schriftliche Beantwortung der Anfragen wird gebeten.

Antwort der Beigeordneten für Soziales, Jugend und Gesundheit Frau Bröcker:

In der Tat haben wir in den vergangenen Jahren die Frage der vorläufigen Haushaltsführung etwas großzügiger ausgelegt, und es sind auch freiwillige Leistungen während dieser Phase bewilligt worden. Aber wir haben in diesem Jahr eine andere Lage. Wir haben einen Erlass vom Landesverwaltungsamt bekommen, wo nochmals ausdrücklich auf die freiwilligen Leistungen hingewiesen wurde. Insofern werden in diesem Jahr keine freiwilligen Leistungen während dieser Phase genehmigt.

Was die Änderung der Bemessungsgrundlage angeht, ist es so, dass das Bundessozialhilfegesetz entfällt und ersetzt worden ist durch das SGB II und durch das SGB XII. Da wir gegenwärtig nicht einschätzen können, wie die Inanspruchnahme ist, haben wir uns zunächst zu dem Verfahren verständigt, dass wir die neuen Regelsätze als Basis nehmen plus 10 Prozent für die einkommensschwachen Haushalte, die arbeiten, und darüber auch gegebenenfalls einen Anspruch hätten. Wir haben 125.000 Euro im Haushalt 2005 eingestellt und werden zunächst die ersten Monate abwarten, wie die Inanspruchnahme sein wird angesichts dieser deutlich größeren Zahl an potentiellen Antragstellern. Wir werden auf der Basis dann, wenn das Geld schnell aufgebraucht sein sollte, einen Vorschlag machen, wie wir damit umgehen. Dann werden Sie als Stadträte gefragt sein, hier eine entsprechende Entscheidung zu treffen. Wir haben im Vorfeld keinen Änderungsvorschlag gemacht, weil wir in Erinnerung haben, dass bei der Haushaltskonsolidierungsdebatte für den Haushalt 2004 der damalige Stadtrat eine Veränderung des Magdeburg-Passes abgelehnt hat.

Nachfrage von Stadtrat Giefers, Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen:

Kann es sein, dass der Stadtrat nur eine Aufweichung auf Ehepartner abgelehnt hat, aber nicht grundsätzlich die Ausgabe des Magdeburg-Passes auch an ALG-II-Empfänger? Was wir aber derzeit auf jeden Fall wollen und das ist auch im Sinne des Stadtrates, dass wir die, die es nötig haben, ALG-II-Bezieher, dann einen Magdeburg-Pass erhalten.

Antwort der Beigeordneten für Soziales, Jugend und Gesundheit Frau Bröcker:

Nein, das ist ein Missverständnis. Wir haben auf BSHG-Basis den Regelsatz 285 Euro + 10 Prozent als Basis für die Inanspruchnahme des Magdeburg-Passes gehabt. Jetzt sind die Regelsätze auf 331 Euro angestiegen, sowohl für die Empfänger nach SGB XII als auch nach Hartz IV + 10 Prozent. Das ist die Basis. Das heißt, wir haben sogar die Bemessungsgrundlage erweitert, weil wir abwarten sollen, wie sich die Inanspruchnahme entwickelt und erst dann einen neuen Vorschlag machen. Insofern haben wir jetzt nicht restriktiv geantwortet. Die Apothekerfrau kann keinen Anspruch auf einen Magdeburg-Pass haben bzw. nur dann, wenn das Einkommen in der Familie ALG II + 10 Prozent betragen würde, was ich einfach mal bezweifle.

5.15 Schriftliche Anfrage (F0016/05) des Stadtrates Dr. Hildebrand, PDS-Fraktion

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

in den letzten Tagen ist zunehmend Verunsicherung aufgetreten im Umgang und der möglichen Inanspruchnahme sogenannter „1-Euro-Jobs“. Dies war Gegenstand der Medien und auf der Montagsdemo, übrigens der Fünfundzwanzigsten.

So soll, obwohl inzwischen dementiert, Herr Haseloff, Wirtschaftsstaatssekretär, Vorstellungen zur modellhaften Übertragung von 1-Euro-Jobs auf die private Wirtschaft (begrenzt zwar auf den grünen Bereich) geäußert haben. Arbeitgeberverbände in Bund und Länder haben nachdrücklich die Ausdehnung der o. g. 1-Euro-Jobs auf die private Wirtschaft gefordert. Begründet wurde das unter anderem mit Wirtschaftsstärkung, Schaffung von Arbeitsplätzen und Abbau der Arbeitslosigkeit.

Darum frage ich Sie, Herr Oberbürgermeister:

1. Wie stehen Sie zur Ausdehnung der 1-Euro-Jobs auf die private Wirtschaft?
2. Was wollen und können Sie konkret tun, damit in der Stadt Magdeburg die bestehenden gesetzlichen Regelungen auch im Zusammenhang mit den 1-Euro-Jobs nicht noch zu weiteren Erschwernissen und materiellen sozialen Abstürzen in prekäre Arbeits- und Lebensverhältnisse führen? Das auch aus der Sicht betrachtet, dass Magdeburg im Wirtschaftsranking erneut einen der hinteren Plätze einnimmt, 23 400 Arbeitslosen stehen 760 offene Stellen gegenüber. Welche Möglichkeit sehen Sie trotzdem ausreichend stabile existenzsichernde Arbeitsverhältnisse zu realisieren?

Antwort des Oberbürgermeisters Herrn Dr. Trümper:

Wir haben uns in der Stadt im letzten Jahr dazu bekannt, die 1-Euro-Jobs relativ früh auf den Markt zu bringen, schon ab 01.10.2004. Wir haben uns darauf verständigt, das nur zu machen für die öffentlich getragenen Einrichtungen. Dabei bleiben wir. Aber ich sage auch, wir haben eine Situation gehabt bei den AB-Maßnahmen und Vergabe ABM, wo private Betriebe die Verpflichtung hatten, Menschen einzustellen und versuchen, sie in den 1 Arbeitsmarkt zu

bringen. Wenn man das sauber kontrollieren könnte, was ich im Moment nicht sehe, kann man darüber sprechen. Ansonsten halte ich es für den völlig falschen Weg, weil man damit natürlich Tür und Tor öffnet ohne Kontrolle, dass man mit diesen 1-Euro-Jobs andere Jobs eliminiert. Solange das nicht geklärt ist, bin ich dagegen, das zu tun.

Antwort der Beigeordneten für Soziales, Jugend und Gesundheit Frau Bröcker:

Es ist rechtlich auch gar nicht zulässig. Es ist nicht zulässig in privaten Unternehmen 1-Euro-Jobs einzurichten, sondern sie müssen gemeinnützig sein und sie müssen ein öffentliches Interesse im Hintergrund haben. Von daher scheidet das aus. Der Vorschlag, der durch die Landesregierung gemacht worden ist, bedeutete nicht, dass war die letzte Information, dass in privaten Betrieben solche Maßnahmen durchgeführt werden, sondern dass private Betriebe als Anleiter die 1-Euro-Jobber quasi betreuen.

6. Beschlussfassung durch den Stadtrat

6.1.	Wirtschaftsplan 2005 Städtischer Abfallwirtschaftsbetrieb	DS0800/04
	BE: Beigeordneter für Kommunales, Umwelt und Allgemeine Verwaltung	

Der BA SAB empfiehlt die Beschlussfassung.

Die Nachfrage des Stadtrates Salzborn, CDU-Fraktion, zur KFZ-Werkstatt wird mit dem Hinweis, dass es sich hierbei um eine Spezialwerkstatt für Fahrzeuge mit Spezialaufbauten handelt, vom Leiter des Eigenbetriebes SAB Herrn Schwenke beantwortet.

Der Stadtrat **beschließt** einstimmig:

Beschluss-Nr.300-8(IV)05

Der Wirtschaftsplan 2005 des Städtischen Abfallwirtschaftsbetriebes Magdeburg wird entsprechend den Anlagen wie folgt festgesetzt und beschlossen:

Im Erfolgsplan mit einem Jahresgewinn in Höhe von 1.556.000 EUR und im Vermögensplan mit einem Einnahme- und Ausgabevolumen in Höhe von 7.974.400 EUR

Die mittelfristige Finanzplanung 2004 – 2008 wird zur Kenntnis genommen.

- 6.2. Jahresabschluss 2003 der AQB Gemeinnützige Gesellschaft für Ausbildung, Qualifizierung und Beschäftigung mbH (AQB) DS0787/04
BE: Bürgermeister
-

Der Ausschuss FG empfiehlt die Beschlussfassung.

Der Stadtrat **beschließt** einstimmig:

Beschluss-Nr. 301-8(IV)05

1. Der Stadtrat nimmt den von der WIBERA Wirtschaftsberatung AG, geprüften und mit einem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk versehenen Jahresabschluss 2003 der AQB zur Kenntnis.
2. Die Gesellschaftervertreter werden angewiesen:
 - den Jahresabschluss 2003 mit einer Bilanzsumme von 4.597.046,85 EUR und einem Jahresfehlbetrag in Höhe von 1.945.286,89 EUR festzustellen,
 - den Jahresfehlbetrag in Höhe von 1.945.286,89 EUR mit den von der Landeshauptstadt Magdeburg geleisteten Zuschüssen in Höhe von 1.995.969,92 EUR zu verrechnen,
 - die Rückführung der nicht verrechneten Zuschüsse der Landeshauptstadt Magdeburg in Höhe von 50.683,03 EUR an den städtischen Haushalt zu beschließen,
 - der Geschäftsführerin, Frau Ursula Fahtz, sowie dem Verwaltungsrat für das Geschäftsjahr 2003 Entlastung zu erteilen,
 - die WIBERA Wirtschaftsberatung AG zum Abschlussprüfer für das Geschäftsjahr 2004 zu bestellen.

- 6.3. Besetzung im Beirat der "Jobcenter - Arbeitsgemeinschaft Magdeburg GmbH" DS0816/04
BE: Bürgermeister
-

Folgende Vorschläge der Fraktionen zur Entsendung liegen vor:

- | | | |
|----------------------------|---|--------------|
| Herr Dr. Jürgen Hildebrand | - | PDS-Fraktion |
| Herr Wigbert Schwenke | - | CDU-Fraktion |
| Herr Hans-Dieter Bromberg | - | SPD-Fraktion |
| Herr Dr. Kurt Schmidt | - | FDP-Fraktion |

Stadtrat Giefers, Fraktion Bündnis 90/Grüne, bringt den Änderungsantrag DS0816/04/1 ein.

Bezüglich des Änderungsantrages DS0816/04/1 der Fraktion Bündnis 90/Grüne weist die Beigeordnete für Soziales, Jugend und Gesundheit Frau Bröcker darauf hin, dass dies bereits Beschlusslage des Stadtrates ist.

Stadtrat Giefers, Fraktion Bündnis 90/Grüne, zieht daraufhin den Änderungsantrag DS0816/04/1 **zurück**.

Der Stadtrat **beschließt** einstimmig:

Beschluss-Nr. 302-8(IV)05

Zur Besetzung im Beirat der Jobcenter – Arbeitsgemeinschaft Magdeburg GmbH entsendet der Stadtrat mit sofortiger Wirkung folgende Personen als städtische Vertreter:

Herrn Dr. Jürgen Hildebrand - PDS-Fraktion
 Herrn Wigbert Schwenke - CDU-Fraktion
 Herrn Hans-Dieter Bromberg - SPD-Fraktion
 Herrn Dr. Kurt Schmidt - FDP-Fraktion

6.4. Beteiligungsbericht 2004

DS0830/04

BE: Bürgermeister

Die Ausschüsse FG und VW empfehlen die Beschlussfassung.

Der Vorsitzende der Fraktion Bündnis 90/Grüne Stadtrat Westphal bringt den Änderungsantrag DS0830/04/1 ein, der dem Stadtrat zur Beratung nicht vorliegt. Er spricht sich dafür aus, den Änderungsantrag DS0830/04/1 in die zuständigen Fachausschüsse zu überweisen.

Der Vorsitzende der PDS-Fraktion Stadtrat Brüning nimmt kritisch zur Vorgehensweise des Stadtrates Westphal, Fraktion Bündnis 90/Grüne, Stellung.

Stadtrat Walter Meinecke, PDS-Fraktion, merkt an, dass der Änderungsantrag DS0831/04/1 alleinige Angelegenheit der Gesellschaft ist.

Nach eingehender Diskussion **beschließt** der Stadtrat einstimmig:

Beschluss-Nr. 303-8(IV)05

1. Der Stadtrat nimmt den Beteiligungsbericht 2004 nach Erörterung gemäß § 118 Abs. 2 Satz 3 der Gemeindeordnung des Landes Sachsen-Anhalt (GO LSA) zur Kenntnis.
2. Der Oberbürgermeister hat die Einwohner der Landeshauptstadt Magdeburg in geeigneter Form über den Beteiligungsbericht zu unterrichten (§ 118 Abs. 3 GO LSA).
3. Der Beteiligungsbericht ist dem Landesverwaltungsamt unverzüglich vorzulegen.

Der eingebrachte GO-Antrag des Stadtrates Balzer, SPD-Fraktion – den Änderungsantrag DS0830/04/1 im Rahmen des Selbstbefassungsrechtes in die Ausschüsse zu überweisen – wird vom Stadtrat mit 21 Ja-, 24 Neinstimmen und 8 Enthaltungen **abgelehnt**.

6.5. Bestellung des Wirtschaftsprüfers für die Jahresabschlussprüfung 2003 der P.G.M. Parkraum GmbH Magdeburg DS0866/04

BE: Bürgermeister

Der Stadtrat **beschließt** einstimmig:

Beschluss-Nr. 304-8(IV)05

Die Gesellschaftervertreter in der Gesellschafterversammlung der P.G.M. Parkraum GmbH Magdeburg werden angewiesen, die BDO Deutsche Warentreuhand AG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft zum Abschlussprüfer für das Geschäftsjahr 2003 zu bestellen.

Es liegt ein Austauschblatt vor.

Der Ausschuss VW empfiehlt die Beschlussfassung.

Der Stadtrat **beschließt** einstimmig:

Beschluss-Nr. 305-8(IV)05

Die städtischen Vertreter der Landeshauptstadt Magdeburg in der Gesellschafterversammlung der FEZM GmbH werden angewiesen, gemäß Empfehlung des Aufsichtsrates der Gesellschaft vom 1.11.2004, in der Gesellschafterversammlung nachfolgende Gegenstände zur Abstimmung zu stellen und entsprechenden Beschlüssen zuzustimmen:

- a) Der Gesellschaftsvertrag wird überarbeitet und gemäß Anlage 3 neu gefasst.
- b) Herr Dr. Häfke wird mit Wirkung zum letzten Kalendertag des Monats in welchem die Gesellschafterversammlung zur Umsetzung gegenständlicher SR-Beschlüsse stattfindet als Geschäftsführer der Gesellschaft abberufen. Sein Dienstvertrag wird damit verbunden einvernehmlich zum gleichen Termin beendet.
- c) Herr Prof. Dr. Krause wird mit Wirkung zum letzten Kalendertag des zweiten vollen Monats, der auf die Durchführung der Gesellschafterversammlung zur Umsetzung gegenständlicher SR-Beschlüsse folgt als Geschäftsführer abberufen. Sein Dienstvertrag wird damit verbunden einvernehmlich zum gleichen Tage beendet.
- d) Herrn Dr. Häfke und Herrn Prof Dr. Krause wird für ihr nebenamtliches Geschäftsführer-Engagement in den letzten Jahren zur wirtschaftlichen Stabilisierung der Gesellschaft gedankt.
- e) Herr Erik Dietzel wird mit Wirkung zum 1. Kalendertag des der Gesellschafterversammlung, die über die Umsetzung gegenständlicher SR-Beschlüsse entscheidet, nachfolgenden Monats zum Geschäftsführer der Gesellschaft bestellt.
- f) Der Wirtschaftsplan für das Geschäftsjahr 2005 sowie die mittelfristige Planung bis zum Jahre 2008 (Anlage 5) werden bestätigt.

6.7. Jahresabschluss 2002 des Eigenbetriebes Zoologischer Garten Magdeburg DS0825/04

BE: Beigeordneter für Kultur, Schule und Sport

Der BA Zoo und der Ausschuss RPB empfehlen die Beschlussfassung.

Der Vorsitzende der CDU-Fraktion Stadtrat Stern nimmt kritisch zu den Anlagen 4 und 5 der Drucksache DS0825/04 Stellung. Er merkt diesbezüglich an, dass diese nicht beschlossen werden können, da der Wirtschaftsplan für das Jahr 2005 noch nicht vorliegt. Stadtrat Stern, CDU-Fraktion, bringt einen Änderungsantrag ein.

Der Vorsitzende der Fraktion Bündnis 90/Grüne Stadtrat Westphal geht klarstellend auf die Ausführungen des Stadtrates Stern, CDU-Fraktion, ein und merkt dabei u.a. an, dass die Anlagen nicht Bestandteil des Beschlussvorschlages sind.

Im Rahmen der weiteren Diskussion nehmen weitere Vertreter der CDU-Fraktion zur Gesamthematik Zoo kritisch Stellung.

Der Oberbürgermeister Dr. Trümper geht auf die kritischen Ausführungen der Vertreter der CDU-Fraktion ein und hält ebenfalls eine Diskussion zu den Visionen des Zoos für erforderlich. Er bittet aber darum, diese Diskussion von der heute vorliegenden Drucksache DS0825/04 zu trennen. Hinsichtlich der geübten Kritik an der schleppenden Vorlage der Jahresabschlüsse des Eigenbetriebes Zoo stimmt der Oberbürgermeister Herr Dr. Trümper zu, dass diese zukünftig zügiger beschlossen werden müssen.

Stadtrat Walter Meinecke, PDS-Fraktion, spricht sich für die Annahme der Drucksache DS0825/04 aus und verweist darauf, dass die von der CDU-Fraktion angesprochenen Themen Gegenstand der Beratung im BA Zoo waren.

Nach umfangreicher Diskussion bringt Stadtrat Löhr, SPD-Fraktion, den GO-Antrag – **Abbruch der Debatte** – ein.

Der Vorsitzende der CDU-Fraktion Stadtrat Stern spricht sich für und Stadtrat Grünert, PDS-Fraktion, gegen den GO-Antrag aus.

Gemäß GO-Antrag des Stadtrates Löhr, SPD-Fraktion, **beschließt** der Stadtrat mehrheitlich, bei einigen Gegenstimmen und Enthaltungen:

Abbruch der Debatte.

Der Änderungsantrag der CDU-Fraktion –

Im Lagebericht Zoo ist im Pkt. 4

- wirtschaftlicher Ausblick – auf der Seite 5 der 2. Abschnitt zu streichen. –

wird vom Stadtrat mit 24 Ja, 28 Neinstimmen und 1 Enthaltung **abgelehnt**.

Der Stadtrat **beschließt** mehrheitlich, bei einigen Gegenstimmen und Enthaltungen:

<u>Beschluss-Nr. 306-8(IV)05</u>		
	2002 in Euro	2001 in Euro
1. Feststellung des Jahresabschlusses sowie des Lageberichtes zum 31. Dezember 2002 des Eigenbetriebes Zoologischer Garten Magdeburg		
1.1 Bilanzsumme in Höhe von Euro	10.479.206,35	10.449.661,99
1.1.1 davon entfallen auf der Aktivseite auf:		
- Anlagevermögen	9.596.636,81	9.510.588,21
- Umlaufvermögen	875.342,20	933.491,55
- davon Vorräte	54.215,68	74.453,92
- davon Forderungen und sonst. Vermögensgegenstände	810.451,96	852.155,28
- davon Kassenbestand	10.674,56	6.882,35
- Rechnungsabgrenzungsposten	7.227,34	5.582,23
1.1.2 davon entfallen auf der Passivseite auf:		
- Eigenkapital	- 1.170.633,77	252.055,59
- davon Ausstattungskapital	3.579.043,00	3.579.043,00
- davon allgemeine Rücklagen	3.362.588,57	3.362,588,40
- davon Bilanzverlust	- 8.112.265,34	- 6.689.575,98
- Sonderposten für Zuwendungen zum AV	840.339,56	556.802,58
- Empfangene Ertragszuschüsse	6.580.743,95	6.633.897, 17

- Rückstellungen	1.549.500,00	109.886,85
- Verbindlichkeiten	2.655.597,18	2.861.587,27
- Rechnungsabgrenzungsposten	23.659,43	35.432,53
Jahresfehlbetrag	- 1.422.689,36	- 3.444.568,11
1.2.1 Summe der Erträge	4.474.132,65	1.201.895,89
1.2.2 Summe der Aufwendungen	5.885.092,45	4.644.578,87
1.2.3 sonstige Steuern	11.729,56	1.885,13

2. Behandlung des Jahresergebnisse

Der Jahresfehlbetrag in Höhe von Euro 1.422.689,36 erhöht den Verlustvortrag in Höhe von Euro 3.245.007,87 auf Euro 4.667.697,23. Der Betriebsleiter schlägt dem Stadtrat der Landeshauptstadt Magdeburg vor, den verbleibenden Jahresfehlbetrag in Höhe von Euro 4.667.697,23 mit den empfangenen Ertragszuschüssen des Geschäftsjahres 2002 in Höhe von Euro 3.227.500,00 zu verrechnen und den verbleibenden Verlust in Höhe von Euro 1.440.197,23 auf neue Rechnung vorzutragen.

3. Entlastung der Betriebsleitung

Der Betriebsleiter des Eigenbetriebes Zoologischer Garten Magdeburg, Herr Dr. Kai Perret, schlägt dem Stadtrat der Landeshauptstadt Magdeburg vor, Herrn Michael Schröpel, Betriebsleiter zum Geschäftsjahr 2001 und 2002, gemäß § 18 Eigenbetriebsgesetz für das Geschäftsjahr 2001 und 2002 die Entlastung zu erteilen.

Der 1. stellv. Vorsitzende Herr Ansorge übernimmt die Sitzungsleitung.

6.8. Namensgebung von Schulen

DS0735/04

BE: Beigeordneter für Kultur, Schule und Sport

Der Ausschuss BSS empfiehlt die Beschlussfassung.

Der Ausschuss KRB empfiehlt die Beschlussfassung unter Beachtung des vorliegenden Änderungsantrages DS0735/04/1.

Der Vorsitzende der CDU-Fraktion Stadtrat Stern bringt den Änderungsantrag DS0735/04/2 ein.

Der Vorsitzende der SPD-Fraktion Stadtrat Löhr hält bezüglich des Änderungsantrages DS0735/04/2 der CDU-Fraktion eine verschärfte Formulierung für nicht notwendig und legt seinen Standpunkt dazu dar.

Stadtrat Giefers, Fraktion Bündnis 90/Grüne, nimmt kritisch zum Änderungsantrag DS0735/04/2 der CDU-Fraktion Stellung.

Stadtrat Müller, PDS-Fraktion, spricht sich dafür aus, dem Votum des Ausschusses BSS zu folgen.

Zahlreiche Vertreter der CDU-Fraktion begründen nochmals den Änderungsantrag DS0735/04/2.

Nach eingehender Diskussion bringt Stadtrat Dr. Schmidt, FDP-Fraktion, den GO-Antrag – **Abbruch der Debatte** – ein.

Stadtrat Grünert, PDS-Fraktion, spricht sich gegen den GO-Antrag aus.

Auf GO-Antrag des Stadtrates Dr. Schmidt, FDP-Fraktion, **beschließt** der Stadtrat mehrheitlich, bei einigen Gegenstimmen und Enthaltungen:

Abbruch der Debatte.

Der Änderungsantrag DS0735/04/2 der CDU-Fraktion –

Der Beschlusspunkt 1 wird wie folgt geändert:

1. Die Gesamtkonferenzen können für die Benennung der Schule einen Vorschlag erarbeiten. Dazu beauftragt die Gesamtkonferenz eine Arbeitsgruppe. Sie benennt die Mitglieder dieser Arbeitsgruppe in paritätischer Zusammensetzung aus den beteiligten Schulen. ~~Die Namensvorschläge der Gesamtkonferenzen sind durch den Stadtrat zu bestätigen.~~ **Über die Namensgebung, unter Berücksichtigung des durch die Gesamtkonferenz gemachten Vorschlages, beschließt der Stadtrat. –**

wird vom Stadtrat mehrheitlich, bei zahlreichen Jastimmen und einigen Enthaltungen **abgelehnt**.

Gemäß Änderungsantrag DS 0735/04/1 des Ausschusses KRB **beschließt** der Stadtrat mehrheitlich, bei einigen Gegenstimmen und Enthaltungen:

Die speziellen Leitsätze der DS0735/04 sind hinsichtlich der Berufsbildenden Schulen um folgenden Satz zu ergänzen:

Die Berufsbildenden Schulen sind mit einer fortlaufenden römischen Nummer zu versehen.

Der Stadtrat **beschließt** unter Beachtung des Änderungsantrages DS0735/04/1 des Ausschusses KRB mehrheitlich, bei 1 Gegenstimme und zahlreichen Enthaltungen:

Beschluss-Nr. 307-8(IV)05

Der Stadtrat beschließt die

Regelung zur Namensgebung von Schulen in der Landeshauptstadt Magdeburg.

2. Die Gesamtkonferenzen können für die Benennung der Schule einen Vorschlag erarbeiten. Dazu beauftragt die Gesamtkonferenz eine Arbeitsgruppe. Sie benennt die Mitglieder dieser Arbeitsgruppe in paritätischer Zusammensetzung aus den beteiligten Schulen. Die Namensvorschläge der Gesamtkonferenzen sind durch den Stadtrat zu bestätigen.
3. Allgemeine und spezielle Leitsätze (je nach Schultyp) zur Namensgebung von Schulen

3.1 Allgemeine Leitsätze

Grundsatz dieser Leitsätze ist es, dass der Schulname nicht mit dem einer anderen Schule zu verwechseln ist und dass er dem Alter der Schulkinder und dem Bildungsanspruch der Schule angemessen ist. Außerdem sollen die verschiedenen Schultypen durch die Einhaltung spezieller Leitsätze (Punkt 2.2.) schon in ihrem Namen zu unterscheiden sein.

Namen, die der städtischen Tradition bzw. für den regionalen Bezug bedeutungsvoll sind, sind vorrangig bei der Schulnamensgebung zu berücksichtigen.

3.2 Spezielle Leitsätze

Grundschulen sollen den Namen der Straße, der Gegend, des Stadtteils tragen, in der/in dem sie liegen. Dabei sollte der Name dem vorgestellten Wort „Grundschule“ folgen (z. B. Grundschule „Hegelstraße“).

Für die kleinen Schulkinder soll der Name einleuchtend, verständlich und mit den anderen Schulen unverwechselbar sein.

In keinem Fall soll der Name einer Grundschule mit dem einer in dem gleichem Schulgebäude befindlichen Schule einer anderen Schulform im gleichen Gebäude übereinstimmen. (So sind z. B. in der Schulanlage Hegelstraße 22 die Grundschule „Hegelstraße“ und die Sekundarschule „G. W. Leibniz“ untergebracht.)

Sekundarschulen sollen den Namen von Männern und Frauen tragen, die durch ihr Leben und Wirken, insbesondere in der und für die Stadt Magdeburg, bedeutend und für die Schülerinnen und Schüler einleuchtend wichtig sind. Dabei soll der Name dem vorgestellten Wort „Sekundarschule“ folgen (z. B. Sekundarschule „Ernst Reuter“).

Die heranwachsenden Schulkinder begegnen in ihrem Unterricht zunehmend Namen von Menschen, die auf Grund ihres wissenschaftlichen, humanitären etc. Wirkens Herausragendes geleistet haben. Durch die Übernahme solcher Namen wird die Auseinandersetzung der Schülerinnen und Schüler mit deren Biographie und der eigenen Geschichte gefördert.

Gymnasien/Gesamtschulen sollen in ihrem Namen der Bedeutung und dem Gewicht gymnasialer Ausbildung entsprechen. In der Regel sollen sie nach Persönlichkeiten benannt werden, die in Wissenschaft und Forschung, in Literatur oder durch den Einsatz ihres Lebens für andere bekannt worden sind.

In Ausnahmefällen beschreibt der Name zusätzlich die spezielle Ausrichtung des Gymnasiums (z. B. Sportgymnasium).

Der Name des Gymnasiums steht vor dem Schulbegriff „Gymnasium“ (z. B. Geschwister-Scholl-Gymnasium), der Name der Gesamtschule folgt dem Schulbegriff Gesamtschule (z. B. Integrierte Gesamtschule „Willy Brandt“).

Gymnasien/Gesamtschulen sollen Traditionen humanistischer Bildung und Erziehung weiterführen. Vorhandene Namen aus diesem Bereich sind zu berücksichtigen, insbesondere vorrangig dann, wenn sie eng mit der Stadt Magdeburg verbunden sind.

Für Berufsbildende Schulen gelten die Leitsätze analog der Gymnasien und Gesamtschulen. Dem Begriff „Berufsbildende Schulen“ kann die spezielle Ausrichtung der Schule folgen. Der Name der Berufsbildenden Schulen steht an letzter Stelle (z. B. Berufsbildende Schulen Bautechnik „Bruno Taut“).

Die Berufsbildenden Schulen sind mit einer fortlaufenden römischen Nummer zu versehen.

Sonderschulen/Förderschulen der verschiedenen Richtungen sollen in ihrer Namensgebung möglichst freie Hand gelassen werden. Von ihnen gewünschte Namen nach Personen sollen dem Charakter der Schule entsprechen (z. B. „Friedrich-Fröbel-Schule“).

Andere Namen sollen den Grundsätzen der Benennung von Grundschulen angeglichen werden (z. B. „Schule am Wasserfall“).

Die spezielle Ausrichtung der Sonderschule soll im Namen durch den Untertitel zu erkennen sein (z. B. „Salzmannschule“ Schule für Lernbehinderte/Förderschule Lernen).

Für das Abendgymnasium/Kolleg gelten die Leitsätze analog der Gymnasien und Gesamtschulen.

- 6.9. Jahresabschluss 2003 des Eigenbetriebes "Städtische Seniorenwohnanlage und Pflegeheime" und Beauftragung des Wirtschaftsprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses 2004 DS0849/04
BE: Beigeordnete für Soziales, Jugend und Gesundheit
-

Der BA SSW und der Ausschuss RPB empfehlen die Beschlussfassung.

Der Stadtrat **beschließt** einstimmig:

Beschluss-Nr. 308-8(IV)05

- I. Der Jahresabschluss des Eigenbetriebes „Städtische Seniorenwohnanlage und Pflegeheime“ auf den 31.12.2003 wird festgestellt.
- | | | |
|----------|--|-----------------|
| 1.1. | Bilanzsumme | 72.868.251,31 € |
| 1.1.1.1. | davon entfallen auf der Aktivseite auf | |
| | - das Anlagevermögen | 52.279.343,09 € |
| | - das Umlaufvermögen | 20.547.114,51 € |
| | - RAP | 41.793,71 € |
| 1.1.2. | davon entfallen auf der Passivseite auf | |
| | - das Eigenkapital | 16.282.186,33 € |
| | - SOPO aus Zuschüssen/Zuweisungen zur Finanzierung des Sachanlagevermögens | 27.734.309,16 € |
| | - Rückstellungen | 688.312,99 € |
| | - Verbindlichkeiten | 28.157.694,64 € |
| | - RAP | 5.748,19 € |
| 1.2. | Jahresverlust | 1.012.462,66 € |
| 1.2.1. | Summe der Erträge | 20.553.472,87 € |
| 1.2.2. | Summe der Aufwendungen | 21.565.935,53 € |
2. Verlustvortrag
Der lt. der Bilanz ausgewiesene Verlustvortrag in Höhe von 883.175,89 € ist in voller Höhe mit den vorhandenen Gewinnrücklagen zu verrechnen.
3. Jahresergebnis
Der lt. der Gewinn- und Verlustrechnung ausgewiesene Jahresfehlbetrag in Höhe von 1.012.462,66 € ist in voller Höhe mit den vorhandenen Gewinnrücklagen zu verrechnen.
4. Dem Betriebsleiter, Herrn Pfeifer, wird gemäß § 18 Eigenbetriebsgesetz für das Wirtschaftsjahr 2003 die Entlastung erteilt.
- II. Der Betriebsausschuss des Eigenbetriebes „Städtische Seniorenwohnanlage und Pflegeheime“ beschließt gemäß § 8 Nr. 9 Eigenbetriebsatzung den Auftrag zur Prüfung des Jahresabschlusses 2004 gem. § 131 (2) GemO LSA über das Rechnungsprüfungsamt

der **WIBERA Wirtschaftsberatung AG Niederlassung Magdeburg, Hegelstraße 4, 39104 Magdeburg** zu erteilen.

6.10. Jahresabschluss 2003 des Städtischen Klinikums Magdeburg DS0729/04
 BE: Beigeordnete für Soziales, Jugend und Gesundheit

Der BA Städtisches Klinikum und der Ausschuss RPB empfehlen die Beschlussfassung.

Der Stadtrat **beschließt** einstimmig:

Beschluss-Nr. 309-8(IV)05

1. Der Jahresabschluss des Städtischen Klinikums Magdeburg auf den 31.12.2003 wird festgestellt.
 - 1.1. Bilanzsumme 201.531.570,17 Euro
 - 1.1.1. davon entfallen auf der Aktivseite
 - auf das Anlagevermögen 128.311.901,60 Euro
 - auf das Umlaufvermögen 53.620.627,28 Euro
 - 1.1.2. davon entfallen auf der Passivseite
 - auf das Eigenkapital 74.543.759,43 Euro
 - auf die Rückstellungen 7.118.959,18 Euro
 - auf die Verbindlichkeiten 39.261.286,29 Euro
 - 1.2. Jahresfehlbetrag 777.080,54 Euro
 - 1.2.1. Summe der Erträge 105.729.292,84 Euro
 - 1.2.2. Summe der Aufwendungen 106.506.373,38 Euro
2. Der entstandene Jahresfehlbetrag in Höhe von 777.080,54 Euro ist mit dem Verlustvortrag in Höhe von 76.363,88 Euro, der Entnahme aus Kapitalrücklagen in Höhe von 30.565,00 Euro und der Entnahme aus Gewinnrücklagen in Höhe von 65.842,65 Euro zu verrechnen.
 Der Bilanzverlust in Höhe von 757.036,77 Euro wird auf neue Rechnung vorgetragen.
3. Dem Betriebsleiter, Herrn Knut Förster, wird gemäß § 18 Eigenbetriebsgesetz Entlastung erteilt.

6.11. Entwurf, Auslegung Bebauungsplan Nr. 268-4 "Steindamm Prester" DS0751/04

BE: Beigeordneter für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr

Die Ausschüsse StBV und Uwe empfehlen die Beschlussfassung.

Stadtrat Wähnelt, Fraktion Bündnis 90/Grüne, legt seinen ablehnenden Standpunkt mit Hinweis auf die aus seiner Sicht bestehende Grundwassergefahr im Bebauungsgebiet zur Drucksache DS0751/04 dar.

Der Vorsitzende des Ausschusses StBV Stadtrat Ruden verweist bezüglich der Anmerkungen des Stadtrates Wähnelt, Fraktion Bündnis 90/Grüne auf die Stellungnahme der Verwaltung (Protokoll des Ausschusses StBV vom 23.12.04) und stellt fest, dass das Plangebiet nicht im Überschwemmungsgebiet liegt.

Durch die Stadträte Wähnelt, Fraktion Bündnis 90/Grüne und Dr. Schmidt, FDP-Fraktion, wird daraufhin noch einmal auf die vorrangige Grundwasserproblematik hingewiesen.

Nach eingehender Diskussion **beschließt** der Stadtrat mehrheitlich, bei einigen Gegenstimmen und Enthaltungen:

Beschluss-Nr. 310-8(IV)05

1. Der Entwurf des Bebauungsplanes Nr. 268-4 „Steindamm Prester“ und die Begründung werden in der vorliegenden Fassung gebilligt.
2. Der Entwurf des Bebauungsplanes Nr. 268-4 „Steindamm Prester“ und die dazugehörige Begründung sind gemäß § 3 Abs. 2 BauGB öffentlich auszulegen. Ort und Dauer der öffentlichen Auslegung sind ortsüblich bekannt zu machen.

Die Träger öffentlicher Belange sind von der öffentlichen Auslegung zu benachrichtigen.

- 6.12. Beschluss über die Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 781-3 DS0182/04
"An den Gärten" und zur Auslegung des Entwurfes
BE: Beigeordneter für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr
-

Der Ausschuss Uwe empfiehlt die Beschlussfassung.

Der Ausschuss StBV empfiehlt die Beschlussfassung unter Beachtung des vorliegenden Änderungsantrages DS0182/04/1.

Der Beigeordnete für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr Herr Kaleschky bittet darum, heute nur die Aufstellung zu beschließen und nicht die Auslegung des Entwurfes.

Stadtrat Wähnelt, Fraktion Bündnis 90/Grüne, empfiehlt, aufgrund der Ausführungen des Beigeordneten für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr Herrn Kaleschky, die Beschlusspunkte 4 und 5 zu streichen.

Der 1. stellv. Vorsitzende des Stadtrates Herr Ansorge bittet darum, zukünftig die Änderungsanträge klarer zu formulieren. Es muss erkennbar sein, ob der Beschlusstext geändert oder ergänzt werden soll und an welcher Stelle diese Änderungen erfolgen sollen.

Stadtrat Czogalla, SPD-Fraktion, bittet ausdrücklich darum, dem Änderungsantrag DS0182/04/1 des Ausschusses StBV zu folgen.

Der Ortsbürgermeister von Beyendorf/Sohlen Her Geue erhält das Rederecht. Er legt den Standpunkt des Ortschaftsrates zur Thematik dar und informiert über den derzeitigen Sachstand, der im Ergebnis zu einer unterschiedlichen Interessenlage in Beyendorf/Sohlen führt.

Nach eingehender Diskussion **beschließt** der Stadtrat gemäß Änderungsantrag DS0182/04/1 des Ausschusses StBV einstimmig:

Der Pkt. 2 des Beschlussvorschlages wird wie folgt ergänzt:

Im B-Plan „An den Gärten“ sind die Ackerflächen aus dem B-Plangebiet herauszulösen.

Der Beigeordnete für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr Herr Kaleschky zieht daraufhin die Drucksache DS0182/04 **zurück**.

6.13. Vereinfachte Änderung des Entwurfs zum Bebauungsplan Nr. DS0585/04
354-7 "Albrecht-Thaer-Straße"

BE: Beigeordneter für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr

Die Ausschüsse Uwe und StBV empfehlen die Beschlussfassung.

Der Stadtrat **beschließt** einstimmig:

Beschluss-Nr. 311-8(IV)05

1. Der vom Stadtrat der Landeshauptstadt Magdeburg am 03.04.2003 gebilligte und vom 02.05.2003 bis zum 02.06.2003 öffentlich ausgelegte Entwurf des Bebauungsplans Nr.354-7 "Albrecht-Thaer-Straße" wird gemäß § 2 Abs. 4 und § 3 Abs. 3 Satz 3 BauGB in folgenden Punkten vereinfacht geändert:
 - a) Die privaten Grünflächen entfallen.
 - b) Die Flächenfestsetzung für Stellplätze und Carports entfällt in den Baugebieten WA 3 (teilweise), WA 6-9, WA 11, WA 16.
 - c) Die Flächen für Stellplätze und Carports der ersten Baufeldreihe des WA 4 werden in einem Abstand von drei Metern zur öffentlichen Straßenverkehrsfläche angeordnet.
 - d) Es wird ein weiteres Baugebiet (WA 2a) gebildet.
2. Auf eine erneute Offenlegung des vereinfacht geänderten Entwurfs zum Bebauungsplan nach § 3 Abs. 2 BauGB wird gemäß § 3 Abs. 3 Satz 3 BauGB verzichtet.
Die Träger öffentlicher Belange sind nicht gemäß § 4 Abs. 4 i. V. m. § 13 Nr. 3 BauGB zu beteiligen, da sie nicht von der Änderung berührt sind. Eine Beteiligung der Bürger gemäß § 3 Abs. 3 Satz 3 i. V. m. § 13 Nr. 2 Bau GB erfolgt nicht, da Bürger nicht von der Änderung betroffen sind.
3. Die Übernahme der aufgeführten vereinfachten Änderung in den Entwurfs zum Bebauungsplan Nr. 354-7 "Albrecht-Thaer-Straße" und der dazugehörigen Begründung wird gebilligt.

- 6.14. Behandlung der Anregungen zum Bebauungsplan Nr. 354-7 DS0586/04
 "Albrecht-Thaer-Straße"
 BE: Beigeordneter für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr
-

Die Ausschüsse Uwe und StBV empfehlen die Beschlussfassung.

Gemäß Punkt 2.1 des Beschlussvorschlages **beschließt** der Stadtrat einstimmig:

Beschluss-Nr. 312-8(IV)05

Der Anregung wird nicht gefolgt.

Gemäß Punkt 2.2 des Beschlussvorschlages **beschließt** der Stadtrat einstimmig:

Beschluss-Nr. 313-8(IV)05

Der Anregung wird nicht gefolgt.

Gemäß Punkt 2.3 des Beschlussvorschlages **beschließt** der Stadtrat mehrheitlich, bei einigen Gegenstimmen und zahlreichen Enthaltungen:

Beschluss-Nr. 314-8(IV)05

Der Anregung wird nicht gefolgt.

Der Stadtrat **beschließt** mit 51 Ja-, 0 Neinstimmen und 3 Enthaltungen:

Beschluss-Nr. 315-8(IV)05

1. Die im Rahmen der frühzeitigen Bürgerbeteiligung und der öffentlichen Auslegung des Entwurfs zum Bebauungsplan 354-7 "Albrecht-Thaer-Straße" sowie in den Stellungnahmen der Träger öffentlicher Belange vorgebrachten Hinweise und Anregungen hat der Stadtrat der Landeshauptstadt Magdeburg gemäß § 1 Abs. 6 und § 3 Abs. 2 BauGB mit folgendem Ergebnis geprüft:

Der Berücksichtigung von Hinweisen entsprechend dem Abwägungsergebnis wird zugestimmt.

Die Abwägung (Anlage zur DS0586/04) wird gebilligt.

2. Zur Behandlung der Anregungen von Bürgern und von Trägern öffentlicher Belange ergehen folgende Einzelbeschlüsse:

2.1. Bürger

Schreiben vom 07.02.2003 und vom 02.05.2003
Abwägungskatalog Teil I, Seite 1, lfd. Nummer 2

a) Anregung

Der Bürger ist mit der geplanten Zufahrt an seiner Grundstücksgrenze nicht einverstanden. Es kann nicht eingeschätzt werden wie viele Fahrzeuge die Zufahrt benutzen werden. Es sollte eine andere Lösung geprüft werden, zumal sich an dieser Seite Schlafzimmer und Terrasse des Bürgers befinden.

b) Abwägung

Die Zufahrt dient lediglich der Erschließung eines Doppelhauses. Es ist nicht mit einem über das normale Maß hinausgehenden Verkehr zu rechnen.

c) Beschlussvorschlag:

Der Anregung wird nicht gefolgt.

2.2 Städtische Werke GmbH, Bereich Technik Am Alten Theater 1 39104 Magdeburg

Schreiben vom 18.04.2002
Abwägungskatalog Teil II, Seite 5

a) Anregung

Es werden die vorhandenen Versorgungsleitungen benannt. Der Leitungsbestand ist bei der weiteren Planung zu berücksichtigen. Die elektrotechnische Versorgung ist nur gesichert, wenn kein Wohnstandort mit Elektroheizung beheizt wird. Die vorhandene Trafo-Station soll im Bebauungsplan festgesetzt werden.

b) Abwägung

Der Leitungsbestand befindet sich im öffentlichen Raum. Er wird bei der Ausführungsplanung berücksichtigt. Die vom Investor geplanten Gebäude werden nicht elektrisch beheizt. Bei Vorhaben einzelner Grundstückseigentümer sind die Versorgungsmodalitäten durch den Bauherrn direkt mit dem Versorgungsunternehmen abzustimmen. Die der Versorgung eines Gebiets mit Elektrizität, Wasser und anderen Medien dienenden Nebenanlagen müssen gesondert festgesetzt werden. Sie können in allen Baugebieten zugelassen werden.

c) Beschlussvorschlag:

Der Anregung wird nicht gefolgt.

2.3 Magdeburger Stadtgartenbetrieb Maybachstraße 1

39104 Magdeburg

Schreiben vom 22.04.2002
Abwägungskatalog Teil II, Seite 14

a) Anregung

Über den Bebauungsplan "Albrecht-Thaer-Straße" ist die Zufahrt zum Regenwasserrückhaltebecken des Wohngebiets Amtsgartenstraße / Lentkestraße das gegenwärtig nur über einen sandgeschlammten Fußweg zu erreichen ist, zu realisieren.

b) Abwägung

Das Regenwasserrückhaltebecken befindet sich außerhalb des Geltungsbereichs des Bebauungsplanes und ist funktionell anderen Wohnbauflächen zugeordnet. Es liegt innerhalb einer öffentlichen Grünfläche. Im Zusammenhang mit deren Pflege ist auch die des Regenwasserrückhaltebeckens sicherzustellen.

c) Beschlussvorschlag

Der Anregung wird nicht gefolgt.

3. Der Oberbürgermeister wird beauftragt, gemäß § 3 Abs. 2 BauGB den Bürger und den Träger öffentlicher Belange, die Anregungen vorgebracht haben, von dem Ergebnis unter Angabe der Gründe in Kenntnis zu setzen.

6.15. Satzung zum Bebauungsplan Nr. 354-7 "Albrecht-Thaer-Straße" DS0587/04
 BE: Beigeordneter für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr

Der Ausschuss Uwe und der Ausschuss StBV empfehlen die Beschlussfassung.

Der Stadtrat **beschließt** mit 51 Ja-, 0 Neinstimmen und 3 Enthaltungen:

Beschluss-Nr. 316-8(IV)05

1. Aufgrund des § 10 Abs. 1 des Baugesetzbuches (BauGB) in der Bekanntmachung der Neufassung vom 27. August 1997 (BGBl. I, S. 2141) und der Änderung durch Artikel 12 des Gesetzes vom 27. Juli 2001 (BGBl. I, S. 1950), in der zuletzt geänderten geltenden Fassung und des § 6 Abs. 1 der Gemeindeordnung für das Land Sachsen-Anhalt vom 05. Oktober 1993 (GVBl. 5568), in der zuletzt geänderten geltenden Fassung, beschließt der Stadtrat der Landeshauptstadt Magdeburg am 13.01.2005 den Bebauungsplan Nr. 354-7

”Albrecht-Thaer-Straße”, bestehend aus der Planzeichnung (Planteil A) und dem Text (Planteil B), in der vorliegenden Fassung als Satzung.

2. Die Begründung wird gebilligt.
3. Der Oberbürgermeister wird beauftragt, den Beschluss über die Satzung gemäß § 10 Abs. 3 BauGB ortsüblich bekannt zu machen. Mit der ortsüblichen Bekanntmachung tritt der Bebauungsplan in Kraft.

6.16.	Satzung zum Bebauungsplan Nr. 156-1A "Am Krähenberg"	DS0709/04
	BE: Beigeordneter für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr	

Die Ausschüsse StBV und Uwe empfehlen die Beschlussfassung.

Der Stadtrat **beschließt** mit 53 Ja-, 0 Neinstimmen und 1 Enthaltung:

Beschluss-Nr. 317-8(IV)05

1. Im Rahmen der öffentlichen Auslegung gemäß § 3 Abs. 2 BauGB wurden keine Hinweise und Anregungen vorgebracht.
Die mit dem Stadtratsbeschluss Nr. 042-1(IV)04 am 07.07.04 gebilligte Berücksichtigung der Hinweise gemäß dem Abwägungsergebnis sowie die mit den Stadtratsbeschlüssen 039-1(IV)04, 040-1(IV)04 und 041-1(IV)04 gefassten Einzelbeschlüsse zur Abwägung werden nach erneuter Prüfung bestätigt.
2. Aufgrund des § 10 Abs. 1 des Baugesetzbuches (BauGB) in der Bekanntmachung der Neufassung vom 27. August 1997(BGBl. I, S. 2141) und der Änderung durch Artikel 1 des Gesetzes vom 24. Juni 2004 (BGBl. I, S.1359), in der zuletzt geänderten geltenden Fassung, und § 6 Abs. 1 Gemeindeordnung für das Land Sachsen-Anhalt vom 05. Oktober 1993 (GVBl. S. 568), in der zuletzt geänderten geltenden Fassung, beschließt der Stadtrat der Landeshauptstadt Magdeburg am 13.01.2005 den Bebauungsplan Nr. 156-1A "Am Krähenberg", bestehend aus der Planzeichnung (Planteil A) und dem Text (Planteil B), als Satzung.
3. Die Begründung wird gebilligt.
4. Der Oberbürgermeister wird beauftragt, den Beschluss über die Satzung ortsüblich bekannt zu machen.
Mit der Bekanntmachung gem. § 10 Abs. 3 BauGB tritt der Bebauungsplan in Kraft.

Nach weiterer Diskussion bittet der Beigeordnete für Wirtschaft, Tourismus und regionale Zusammenarbeit Herr Dr. Puchta auch mit Verweis auf die wirtschaftlichen Aspekte um eine Zustimmung zur Drucksache.

Nach umfangreicher Diskussion **beschließt** der Stadtrat gemäß Änderungsantrag DS0741/04/2 des Ausschusses UWE einstimmig:

Der Änderungsantrag DS0741/04/1 des Ausschusses StBV ist wie folgt zu ergänzen:

Zum Bebauungsplan wird zur Durchsetzung der Planungsziele ein städtebaulicher Vertrag mit mind. folgenden Zielen erstellt:

1. Für die Eingangssituation am Willy-Brandt-Platz sind Varianten vorzulegen.
2. Die Außenfassaden insbesondere im Bereich Otto-von-Guericke-Straße und der Ernst-Reuter-Allee sind zu öffnen und von den anliegenden Straßen ist die Zugänglichkeit zu den Einzelhandelsbereichen zu gewährleisten.

Gemäß Änderungsantrag des Stadtrates Canehl, SPD-Fraktion, **beschließt** der Stadtrat mehrheitlich, bei einigen Gegenstimmen und Enthaltungen:

Im Beschlussvorschlag Punkt 2 ist im 1. Anstrich der 3. Satz zu streichen.

Der Stadtrat **beschließt** unter Beachtung des modifizierten Änderungsantrages DS0741/04/1 des Ausschusses StBV und des Änderungsantrages des Stadtrates Canehl, SPD-Fraktion, mehrheitlich, bei einigen Gegenstimmen und Enthaltungen:

Beschluss-Nr. 318-8(IV)05

1. Der rechtsverbindliche Bebauungsplan Nr. 237-1 „Bahnhofsvorplatz“, ergänzt durch die rechtsverbindliche 1. und 2. Änderung sowie die noch im Verfahren befindliche Aufhebung im Teilbereich südlich der Hasselbachstraße, soll erneut geändert werden.
2. Mit der Änderung werden folgende Planungsziele verfolgt:
 - Für die im privaten Eigentum befindliche Kantstraße wird anstelle der festgesetzten Verkehrsfläche besonderer Zweckbestimmung (Fußgängerbereich) eine bis zum 2. Obergeschoss überbaubare Fläche (Kerngebiet) unter Berücksichtigung eines Gerechtes zugunsten der Allgemeinheit im westlichen Abschnitt der Kantstraße angestrebt.

Zwischen den Baugebieten 1 und 2 soll ebenfalls eine überbaubare Fläche (Kerngebiet) festgesetzt werden.

Die neu überbaubaren Flächen werden im Abstand von 20 m zu den Gebäudefluchten am Willy-Brandt-Platz, an der Ernst-Reuter-Allee und an der Otto-von-Guericke-Straße begrenzt.

- Die Ziele des rechtsverbindlichen Bebauungsplanes Nr. 237-1 in Bezug auf den Willy-Brandt-Platz sollen unter Berücksichtigung der öffentlichen und privaten Belange überprüft werden. Dabei ist zu untersuchen, ob auf einer Teilfläche die besondere Zweckbestimmung als Fußgängerbereich zugunsten der Bebauung mit einer Eingangshalle für das Einkaufszentrum geändert werden kann.
- Die Straße Am Alten Theater soll als private Verkehrsfläche mit Gehrecht und Fahrrecht (Radfahrer) zugunsten der Allgemeinheit festgesetzt werden.
- Zum Bebauungsplan wird zur Durchsetzung der Planungsziele ein städtebaulicher Vertrag mit mind. folgenden Zielen erstellt:
 1. Für die Eingangssituation am Willy-Brandt-Platz sind Varianten vorzulegen.
 2. Die Außenfassaden insbesondere im Bereich Otto-von-Guericke-Straße und der Ernst-Reuter-Allee sind zu öffnen und von den anliegenden Straßen ist die Zugänglichkeit zu den Einzelhandelsbereichen zu gewährleisten.
 3. Die frühzeitige Öffentlichkeitsbeteiligung nach § 3 Abs. 1 Satz 1 BauGB soll nach ortsüblicher Bekanntmachung gem. § 2 Abs. 1 Satz 2 BauGB durch 14-tägige Offenlegung des Beschlusses begleitet durch Sprechstunden im Stadtplanungsamt Magdeburg, sowie durch eine Versammlung erfolgen.

6.18. Satzung zur zweiten vereinfachten Änderung des
Bebauungsplanes Nr. 111-3 "Lerchenwuhne" - Teilbereich A

DS0710/04

Die Ausschüsse StBV und UWE empfehlen die Beschlussfassung.

Der Stadtrat **beschließt** mit 51 Ja-, 0 Neinstimmen und 0 Enthaltungen:

Beschluss-Nr. 319-8(IV)05

1. Im Rahmen der öffentlichen Auslegung gemäß § 13 Nr. 2 und § 3 Abs. 2 Satz 1 BauGB wurden keine Hinweise und Anregungen vorgebracht. Der Berücksichtigung von Hinweisen entsprechend dem Abwägungsergebnis wird zugestimmt. Die Zusammenfassung der Behandlung der Anregungen und Hinweise aus der Beteiligung der von der vereinfachten Änderung berührten Träger öffentlicher Belange (Anlage zur Drucksache) wird gebilligt.
2. Aufgrund des § 10 Abs. 1 des Baugesetzbuches (BauGB) in der Bekanntmachung der Neufassung vom 27. August 1997(BGBl. I, S. 2141) und der Änderung durch Artikel 1 des Gesetzes vom 24. Juni 2004 (BGBl. I, S.1359), in der zuletzt geänderten geltenden Fassung, und § 6 Abs. 1 Gemeindeordnung für das Land Sachsen-Anhalt vom 05. Oktober 1993 (GVBl. S. 568), in der zuletzt geänderten geltenden Fassung, beschließt der Stadtrat der Landeshauptstadt Magdeburg am 13.01.2005 die zweite vereinfachte Änderung des Bebauungsplanes Nr. 111-3 „Lerchenwuhne“ im Teilbereich A, bestehend aus der Planzeichnung (Planteil A) und dem Text (Planteil B), als Satzung.
3. Die Begründung wird gebilligt.
4. Der Oberbürgermeister wird beauftragt, den Beschluss über die Satzung zur zweiten vereinfachten Änderung im Teilbereich A ortsüblich bekannt zu machen. Mit der Bekanntmachung gem. § 10 Abs. 3 BauGB tritt diese vereinfachte Änderung des Teilbereichs A des Bebauungsplanes in Kraft.

- 6.19. Regulierung des strukturellen Defizites des Theaters Magdeburg in den Haushaltsjahren 2005 ff DS0831/04
BE: Beigeordneter für Kultur, Schule und Sport
-

Zur Beratung liegen vor:

- Austauschblatt
- Änderungsantrag DS0831/04/2 des Kulturausschusses
- Änderungsantrag DS0831/04/5 der SPD-Fraktion
- Änderungsantrag DS0831/04/6 des Oberbürgermeisters
- Änderungsantrag DS0831/04/7 der PDS-Fraktion
- Änderungsantrag DS0831/04/8 der Fraktion Bündnis 90/Grüne

Der Vorsitzende der SPD-Fraktion Stadtrat Löhr erklärt gemäß § 31 GO LSA sein Mitwirkungsverbot und nimmt nicht an der Beratung und Abstimmung teil.

Der Beigeordnete für Kultur, Schule und Sport Dr. Koch geht im Zusammenhang mit seiner umfassenden Einführung zum Änderungsantrag DS0831/04/6 des Oberbürgermeisters auf die Genese der Drucksache DS0831/04 ein. Er merkt dabei u.a. an, dass der vorliegende Änderungsantrag DS0831/04/6 des Oberbürgermeisters das Ergebnis der Beratung der Arbeitsgruppe Theater am 20.12.2004 ist. Herr Dr. Koch gibt Erläuterungen zum Änderungsantrag DS0831/04/6 und geht auf die Zielstellung, dem Generalintendanten die künstlerische und finanzielle Handlungsfähigkeit zurückzugeben, ein. Er stellt dabei fest, dass die eingeleitete Prüfung des Rechnungsprüfungsausschusses des Theaters nichts mit dieser Zielstellung zu tun hat, da noch kein endgültiger Jahresabschluss 2004 vorliegt. Er unterstreicht den Beitrag der Theaterleitung zu einer sachbezogenen Diskussion. Herr Dr. Koch weist darauf hin, dass der Komplex Theater für junge Zuschauer herausgelöst wurde und hierzu eine eigenständige Lösung gefunden werden muss. Er bittet abschließend im Interesse der Handlungsfähigkeit des Theaters um eine Zustimmung zum Änderungsantrag DS0831/04/6 des Oberbürgermeisters.

Im Rahmen der anschließenden Diskussion nehmen Vertreter einzelner Fraktionen und der Verwaltung zur Thematik Stellung.

Stadtrat Grünert, PDS-Fraktion, verweist in seinen Ausführungen auf die rechtskräftige Beschlusslage im Stadtrat am 06.12.04 zur Thematik und hinterfragt das weitere Verfahren.

Der Oberbürgermeister Dr. Trümper erläutert punktuell den gefassten Beschluss zum Änderungsantrag DS0831/04/1 der PDS-Fraktion und stellt fest, dass diese Beschlussfassung zu einer heutigen Beschlussfassung nicht im Widerspruch steht. Er stimmt allerdings der Feststellung des Stadtrates Grünert, PDS-Fraktion, zu, dass ein Teilwiderspruch zum am 06.12.04 beschlossenen Punkt 3 des Änderungsantrages DS0831/04/ 1 der PDS-Fraktion besteht. Er stimmt dem Vorschlag zu, diesen Beschlusspunkt aufzuheben und bringt eine Präzisierung seines Änderungsantrages DS0831/04/6 ein.

Der Vorsitzende der PDS-Fraktion Stadtrat Brüning erinnert an die Beschlussfassung des Punktes 4 des Änderungsantrages DS0831/04/3 des Ausschusses K und geht auf Defizite in der Umsetzung des Auftrages durch die gebildete Arbeitsgruppe ein.

Der Oberbürgermeister Dr. Trümper nimmt klarstellend zu den Ausführungen des Stadtrates Brüning, PDS-Fraktion Stellung. Er verweist u.a. darauf, dass das Theater als formelles Amt geführt wird und somit der Stadtrat den Stellenplan beschließen muss. Er bittet um Zustimmung zum modifizierten Änderungsantrag DS0831/04/6.

Stadtrat Bromberg, SPD-Fraktion, zieht den Änderungsantrag DS0831/04/5 **zurück**.

Stadtrat Lischka, SPD-Fraktion, spricht sich im Namen seiner Fraktion für die Annahme des modifizierten Änderungsantrag DS0831/04/6 des Oberbürgermeisters Dr. Trümper als eine neue Qualität im Interesse des Theaters aus.

Er begrüßt im Namen seiner Fraktion ausdrücklich, dass das Jugendtheater aus der Beschlussfassung herausgenommen wurde und das Kündigungen als letztes Mittel anzusehen sind. Abschließend stellt Stadtrat Lischka, SPD-Fraktion, fest, dass noch weitere Diskussion mit dem Theater und nicht gegen das Theater geführt werden müssen.

Der Vorsitzende der Fraktion Bündnis 90/Grüne Stadtrat Westphal geht auf die derzeitige Faktenlage ein. Er fordert den Oberbürgermeister auf, die Zusage im Verwaltungsausschuss, einen Haustarifvertrag mit dem Orchester zur Abwendung von Kündigungen anzustrengen und dies im Protokoll der Sitzung zu vermerken, deutlich zu wiederholen und kündigt an, dann den Änderungsantrag DS0831/04/8 zurückzuziehen.

Der Vorsitzende der CDU-Fraktion Stadtrat Stern legt umfassend seinen kritischen Standpunkt zur Theaterproblematik dar. Er merkt dabei u.a. an, dass eine weitere Diskussion sowohl zum Theater und das damit verbundene Budget im Stadtrat erforderlich ist. Bezüglich des Jugendtheaters, spricht sich Stadtrat Stern gegen eine Aussparung aus.

Im Namen der CDU-Fraktion schließt er sich dem modifizierten Änderungsantrag DS0831/04/6 des Oberbürgermeisters mit Hinweis auf den Erhalt von Qualitätsstandards an.

Stadtrat Veil, CDU-Fraktion, bringt zum Ausdruck, dass die Qualität des Theaters trotz aller Sparmaßnahmen gewahrt bleiben muss.

Stadtrat Heendorf, PDS-Fraktion, führt aus, dass er ebenfalls in der Arbeitsgruppe mitgewirkt hat und auch für das Arbeitsergebnis votiert hat. Er begründet den vorliegenden Änderungsantrag DS0831/04/7. Stadtrat Heendorf, PDS-Fraktion, begrüßt den modifizierten Änderungsantrag DS0831/04/6 des Oberbürgermeisters.

Stadtrat Grünert, PDS-Fraktion, stellt fest, dass der Änderungsantrag DS0831/04/2 in die Beratung der Arbeitsgruppe am 20.12.04 einging und damit erledigt ist. Er sieht eine Entscheidung zum Jugendtheater bis zum April 2005 vertagt.

Abschließend macht der Oberbürgermeister Dr. Trümper noch einmal Ausführungen zum weiteren Verfahren.

Nach umfangreicher Diskussion **beschließt** der Stadtrat gemäß modifizierten Änderungsantrag DS0831/04/6 des Oberbürgermeisters einstimmig:

0. Der Beschluss Nr. 270-7(IV)04 der Stadtratssitzung vom 06.12.2004 zum Punkt 3 wird

aufgehoben.

1. Zur Regulierung des strukturellen Defizites im Verwaltungshaushalt der Haushaltsjahre 2005 ff. wird das Theater Magdeburg beauftragt, geeignete Maßnahmen zur Personalkostenreduzierung zu veranlassen:

a) 15 Planstellen von Mitarbeitern mit Dienstverträgen in den Tarifen BAT-O bzw. BMT-G-O werden mit konkret datierten kw-Vermerken zum

- 31. Januar 2005 (1),
- 30. Juni 2005 (1),
- 30. September 2005 (12) bzw.
- 31. Oktober 2005 (1)

aus dem Stellenplan 2005 gestrichen.

b) das Orchester wird auf nicht unter 78 Stellen (Sollstärke B/F) verkleinert und hierzu werden 8 Planstellen zum

- 31. Juli 2005 (4),
- 31. Januar 2006 (1),
- 28. Februar 2006 (1),
- 30. April 2006 (1) bzw.
- 31. Juli 2006 (1)

aus dem Stellenplan 2005 bzw. dem Stellenplan 2006 gestrichen.

Die betroffenen Planstellen ergeben sich aus den Änderungen im Stellenplan 2005 (siehe Anlage 1 des Änderungsantrages).

Die Verwaltung hat bei der Umsetzung dieser Entscheidungen – insbesondere bei der Sozialauswahl – zu beachten, dass Kündigungen das letzte Mittel darstellen.

2. Unter Berücksichtigung der Maßgaben des Programms zur Regulierung des strukturellen Defizites des Theaters Magdeburg ist im Zeitraum 2005 bis 2008 zur Erzielung mittelfristiger Planungssicherheit Bestandsschutz hinsichtlich der Zuschusshöhe für das Budget 7 sicherzustellen.

3. Der Stadtrat ist halbjährlich über den Abarbeitungsstand der Einzelmaßnahmen zur Personalkostenreduzierung zu informieren.

Gemäß Änderungsantrag DS0831/04/7 der PDS-Fraktion **beschließt** der Stadtrat mehrheitlich, bei einigen Gegenstimmen und Enthaltungen:

Der Änderungsantrag DS0831/04/6 des Oberbürgermeisters wird um folgenden Punkt 4 ergänzt:

Der durch das Rechnungsprüfungsamt zu erstellende Prüfbericht zu den Ursachen der Überziehung des Theaterbudgets ist im Rahmen einer gemeinsamen Sondersitzung des Kulturausschusses, des Ausschusses für Finanzen und Grundstücksverkehr, des Verwaltungsausschusses und des Ausschusses für Rechnungsprüfung und Beteiligungscontrolling vorzulegen.

Der Stadtrat **beschließt** in der Fassung des Änderungsantrages DS0831/04/6 des Oberbürgermeisters, ergänzt durch den Änderungsantrag DS0831/04/7 der PDS-Fraktion einstimmig:

Beschluss-Nr. 320-8(IV)05

0. Der Beschluss Nr. 270-7(IV)04 der Stadtratssitzung vom 06.12.2004 zum Punkt 3 wird aufgehoben.

1. Zur Regulierung des strukturellen Defizites im Verwaltungshaushalt der Haushaltsjahre 2005 ff. wird das Theater Magdeburg beauftragt, geeignete Maßnahmen zur Personalkostenreduzierung zu veranlassen:

a) 15 Planstellen von Mitarbeitern mit Dienstverträgen in den Tarifen BAT-O bzw. BMT-G-O werden mit konkret datierten kw-Vermerken zum

- 31. Januar 2005 (1),
- 30. Juni 2005 (1),
- 30. September 2005 (12) bzw.
- 31. Oktober 2005 (1)

aus dem Stellenplan 2005 gestrichen.

b) das Orchester wird auf nicht unter 78 Stellen (Sollstärke B/F) verkleinert und hierzu werden 8 Planstellen zum

- 31. Juli 2005 (4),
- 31. Januar 2006 (1),
- 28. Februar 2006 (1),
- 30. April 2006 (1) bzw.
- 31. Juli 2006 (1)

aus dem Stellenplan 2005 bzw. dem Stellenplan 2006 gestrichen.

Die betroffenen Planstellen ergeben sich aus den Änderungen im Stellenplan 2005 (siehe Anlage 1 des Änderungsantrages).

Die Verwaltung hat bei der Umsetzung dieser Entscheidungen – insbesondere bei der Sozialauswahl – zu beachten, dass Kündigungen das letzte Mittel darstellen.

2. Unter Berücksichtigung der Maßgaben des Programms zur Regulierung des strukturellen Defizites des Theaters Magdeburg ist im Zeitraum 2005 bis 2008 zur Erzielung mittelfristiger Planungssicherheit Bestandsschutz hinsichtlich der Zuschusshöhe für das Budget 7 sicherzustellen.
3. Der Stadtrat ist halbjährlich über den Abarbeitungsstand der Einzelmaßnahmen zur Personalkostenreduzierung zu informieren.
4. Der durch das Rechnungsprüfungsamt zu erstellende Prüfbericht zu den Ursachen der Überziehung des Theaterbudgets ist im Rahmen einer gemeinsamen Sondersitzung des Kulturausschusses, des Ausschusses für Finanzen und Grundstücksverkehr, des Verwaltungsausschusses und des Ausschusses für Rechnungsprüfung und Beteiligungscontrolling vorzulegen.

Eine Abstimmung zum Änderungsantrag DS0831/04/2 des Ausschusses K hat sich **erübrigt**.

7. Einwohnerfragestunde

Der Stadtrat führt gemäß § 27 Gemeindeordnung LSA zwischen 17.00 Uhr und 17.30 Uhr eine Einwohnerfragestunde durch.

7.1 Frau Dr. Schröck, Lindstedter Weg 32, 39110 Magdeburg

Wie weit ist der Stand beim Tierheimneubau ?

Antwort des Oberbürgermeisters Dr. Trümper:

Das sich nichts getan hat, kann man so nicht stehen lassen. Dass sich wenig getan hat, was man sehen kann, stimmt. Es gibt aber auch etwas Positives. Am 5. 1. diesen Jahres hat der Finanzausschuss endgültig dem Grundstückskaufvertrag zugestimmt. Jetzt kann der Vertrag geschlossen werden. Dann kann im nächsten Schritt die Planung beauftragt werden. Wenn die Planung vorliegt, wird auch der Stadtrat den Bau beschließen, wenn alles in dem von uns vorgegebenen Kostenrahmen bleibt. Davon gehe ich aber aus. Aber Sie haben völlig Recht. Wir werden aller Voraussicht nach in diesem Jahr mit dem Bau nicht mehr beginnen können.

7.2 Herr Walter Bütow, Junoweg 7, 39118 Magdeburg

Ich hatte am vergangenen Sonntag die Gelegenheit, in Berlin bei der Ehrung von Liebknecht und Luxemburg der Ehrenbürgerin der Stadt Magdeburg Angela Davis zu begegnen. Ich habe mit ihr auch ein Gespräch geführt. Sie hat mich gebeten, den Magdeburgern die besten Grüße zu übermitteln. Sie erinnert sich noch sehr an die Begegnung bei der Verleihung der Ehrenbürgerschaft. Sie wäre auch bereit, nach Magdeburg zu kommen, um die 1200-Jahr-Feier mitzugestalten.

Mein Vorschlag geht dahin, da wir zwei Bürger der ehemaligen Alliierten als Ehrenbürger in der Stadt haben, einmal Angela Davis als USA-Bürgerin und Belikow als Offizier der Sowjetarmee, dass wir diese beiden Ehrenbürger einladen und auf der neu errichteten Sternbrücke die Begegnung nochmals symbolisch darstellen, die 1945 in Torgau vollbracht worden ist. Dass sich beide auf der Brücke begegnen und symbolisch diesen Akt vollführen. Das ist mein Anliegen an die Stadträte heute. Ist das möglich?

Antwort des Oberbürgermeisters Dr. Trümper:

Ich habe das so aufgefasst, dass Sie eine Anregung geben wollten, Herr Bütow. Über eine Anregung muss man nachdenken und eine Entscheidung treffen. Das Thema selbst hatten wir hier mehrfach schon. Es gab zweimal Diskussionen und zweimal eine Entscheidung, Angela Davis einzuladen oder nicht. Ich weiß nicht, ob es eine neue Diskussionslage gibt, die müssen wir erst einmal abwarten. Aber die Anregung müssen sich die Stadträte durch den Kopf gehen lassen und eine Entscheidung treffen.

7.3 Herr Gert Sommerfeldt, Breiter Weg 12, 39104 Magdeburg

Wann wird am Haus Am Fürstenwall Nr. 3 etwas gemacht? Kann man nicht zumindest die Hausfront so sanieren, dass die vielen Gäste, die hier vorbeikommen, einen guten Eindruck haben? Haben vielleicht die 52 Stadträte die Kraft, da etwas Druck zu machen? Vor allem, wenn man liest, dass ein Architekturbüro entweder Besitzer oder im Hause ansässig ist.

Antwort des Beigeordneten für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr Herrn Kaleschky:

Herr Dr. Peters wohnt dort zwar, aber ihm gehört mitnichten das Haus. Er klagt sich mit seinem Eigentümer, weil das nicht nur von außen schlecht aussieht, sondern das Dach auch undicht ist. Nicht deshalb, aber aus den gleichen Beweggründen wie Sie haben wir das Problem vor geraumer Zeit aufgegriffen und unter denkmalpflegerischen Gesichtspunkten eine Auflage erteilt, dass das Haus in einen ordnungsgemäßen Zustand zu bringen ist, insbesondere im Zusammenhang mit der 1200-Jahr-Feier. Wir haben eine Antwort bekommen vom Eigentümer, die uns hoffen lässt, dass etwa bis zum Mai dieses Haus äußerlich einen besseren Eindruck machen wird. Allerdings, wie Sie selbst schon sagten, wir haben ähnlichen Schriftverkehr schon längere Zeit ohne Erfolg mit dem Eigentümer geführt, aber wir werden weiterhin Druck machen.

8.1.	Einheitliche Beschilderung von denkmalgeschützten Häusern	A0133/04
	SPD - Fraktion	
	WV v. 09.09.04	

Die Ausschüsse K, StBV, FG und KRB empfehlen die Beschlussfassung.

Gemäß Antrag A0133/04 der SPD-Fraktion **beschließt** der Stadtrat einstimmig:

Beschluss-Nr. 321-8(IV)05

Der Stadtrat der Landeshauptstadt Magdeburg unterstützt das Vorhaben des Vereins Haus & Grund e.V., als Beitrag zur 1200-Jahr-Feier Magdeburger Häuser mit besonderem stadthistorischen Hintergrund zu kennzeichnen. Er unterstützt dabei sowohl die einheitliche Beschilderung von denkmalgeschützten Häusern als auch die Illustration der Geschichte einzelner Häuser mit Texttafeln.

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, ...

1. ... zu prüfen, ob denkmalschutzrechtliche Einwände gegen das Vorhaben bestehen.
2. ... ein entsprechend geeignetes Kennzeichen für die denkmalgeschützten Häuser mit dem Kultusministerium und dem Verein abzustimmen.
3. ... mit dem Verein geeignete Möglichkeiten zur Bewerbung der Aktion abzustimmen.
4. ... auf Anfrage die der Stadt vorliegenden Informationen zur Geschichte der einzelnen Häuser zur Verfügung zu stellen.
5. ... Unterstützung bei notwendigen Abstimmungen mit anderen Behörden zu geben.
6. ... die weitere Vorgehensweise mit dem Kulturausschuss, dem Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen und Verkehr und dem Büro 12hundert abzustimmen.

8.2.	Bürgerdienst "Hausbesuch"	A0154/04
------	---------------------------	----------

Der Beigeordnete für Kommunales, Umwelt und Allgemeine Verwaltung Herr Platz führt aus, dass die Verwaltung bereits an der Umsetzung des Antrages A0178/04 arbeitet.

Stadtrat Schwenke, CDU-Fraktion, bittet darum, das Verfahren, Verweis von Neuanträgen in die Ausschüsse, beizubehalten.

Stadtrat Dr. Schmidt, FDP-Fraktion, spricht sich für eine heutige Beschlussfassung aus.

Nach eingehender Diskussion **beschließt** der Stadtrat einstimmig:

Beschluss-Nr. 323-8(IV)05

Der Oberbürgermeister wird beauftragt zu prüfen, inwieweit die Landeshauptstadt Magdeburg von der Umsetzung der EU-Richtlinie 1999/30EG ab dem 1. Januar 2005 betroffen ist.

Sollten die darin aufgeführten Grenzwerte übertroffen werden, wird der Oberbürgermeister beauftragt, ein geeignetes Verkehrskonzept vorzulegen, damit

1. auch bei evtl. notwendigen Fahrverboten der Verkehrsfluß in Magdeburg möglichst wenig tangiert wird und
2. der Stadt kein Schaden durch mögliche Klagen von Anwohnern stark befahrener Straßen entsteht.

8.5.	Verkehrsberuhigung Pfälzer Straße/Uni-Gelände	A0179/04
	Fraktion Bündnis 90/Die Grünen	

Stadtrat Wähnelt, Fraktion Bündnis 90/Grüne, bringt den Antrag A0179/04 ein.

Stadtrat Czogalla, SPD-Fraktion, bringt den GO-Antrag – Überweisung des Antrages A0179/04 in den Ausschuss StBV – ein.

Der Vorsitzende der Fraktion Bündnis 90/Grüne Stadtrat Westphal spricht sich gegen den GO-Antrag aus.

Der Oberbürgermeister Dr. Trümper wiederholt an dieser Stelle seine grundsätzlichen Ausführungen zum Umgang mit Anträgen aus vorangegangenen Stadtratssitzungen.

Der Vorsitzende der CDU-Fraktion Stadtrat Stern nimmt kritisch zum Antrag A0179/04 Stellung und begründet hierzu seine Ablehnung.

Stadtrat Heendorf, PDS-Fraktion, bringt den GO-Antrag – **Abbruch der Debatte** – ein.

Stadtrat Canehl, SPD-Fraktion, spricht sich gegen den GO-Antrag aus.

Nach eingehender Diskussion **beschließt** der Stadtrat gemäß GO-Antrag des Stadtrates Czogalla, SPD-Fraktion, mehrheitlich, bei einigen Gegenstimmen und Enthaltungen:

Abbruch der Debatte

Der Stadtrat **beschließt** mit 19 Ja-, 22 Neinstimmen und 3 Enthaltungen:

Beschluss-Nr. 324-8(IV)05

Der Antrag A0179/04 –

Der Stadtrat möge beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt zu prüfen, welche Möglichkeiten bestehen, die Pfälzer Straße zwischen Walther-Rathenau-Straße und Pfälzer Platz in ihrer Verkehrsbedeutung zu reduzieren und die Querungsmöglichkeiten zu verbessern, um die Zerschneidung des Universitätsgeländes zu verringern.

Des weiteren ist zu prüfen, ob für die Aufwertung dieses Bereiches auch Mittel aus dem Stadtumbau Ost eingesetzt werden können.

Das Prüfergebnis ist im Ausschuss Stadtentwicklung, Bauen und Verkehr vorzulegen. –

wird **abgelehnt**.

8.6.	Flexibilisierung von Kinderbetreuungsangeboten	A0180/04
	Fraktion Bündnis 90/Die Grünen	

Stadtrat Giefers, Fraktion Bündnis 90/Grüne, bringt den Antrag A0180/04 und der GO-Antrag – Überweisung des Antrages A0180/04 in den Ausschuss Juhi – ein.

Stadtrat Sven Meinecke, PDS-Fraktion spricht sich gegen den GO-Antrag und gegen den Antrag A0180/04 aus.

Stadträtin Wübbenhorst, SPD-Fraktion, spricht sich gegen den GO-Antrag und Stadtrat Schwenke, CDU-Fraktion, für den GO-Antrag aus.

Stadtrat Grünert, PDS-Fraktion, erweitert den GO-Antrag um den Ausschuss KRB.

Auf GO-Antrag des Stadtrates Giefers, Fraktion Bündnis 90/Grüne, ergänzt durch den Stadtrat Grünert, PDS-Fraktion **beschließt** der Stadtrat mehrheitlich, bei zahlreichen Gegenstimmen und einigen Enthaltungen:

Der Antrag A0180/04 wird in die Ausschüsse Juhi und KRB überwiesen.

Stadtrat Schwenke, CDU-Fraktion, spricht sich für die Annahme des Antrages A0182/04 aus.

Gemäß Antrag A0182/04 der Fraktion future! – die jugendpartei **beschließt** der Stadtrat mehrheitlich, bei 2 Gegenstimmen und 2 Enthaltungen:

Beschluss-Nr. 326-8(IV)05

Der Stadtrat möge beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, bis spätestens Juli 2005 die Internetseite des Jugendamtes auf www.magdeburg.de im Sinne eines Portals für Kinder, Jugendliche und Familien zu verbessern.

Inhalte sollten sein:

- Vorstellung des Jugendamtes:
- Organigramm
- Aufgaben und Ansprechpartner
- wo finde ich was/wen?
- übersichtliche Darstellung der einzelnen Sozialzentren und der zentralen Anlaufstelle des Jugendamtes
- Leitfaden für Eltern zur Erledigung bestimmter Aufgaben, z.B. Vaterschaftsanerkennung, Anmeldung für einen Kita-Platz
- aktuelle Übersicht über Kindertageseinrichtungen mit Ansprechpartnern und Kontaktdaten
- aktuelle Übersicht über Kinder- und Jugendfreizeiteinrichtungen mit Ansprechpartnern und Kontaktdaten
- Beratungs- und Fördereinrichtungen der Stadt (z.B. Familienberatungsstelle)
- Beratungs- und Fördereinrichtungen anderer Träger (z.B. DROBS)
- sonstige Angebote für Familien (z.B. Übersicht der Kinderärzte)
- Formulare (z.B. Kita-Anmeldung)
- Links zu familien- und kinderbezogenen Themen/Aufgaben anderer Ämter (z.B. Übersicht der Schulen, Kinderpsychiatrischer Dienst des Gesundheitsamtes).

Weitere Inhalte sind von Mitarbeitern des Jugendamtes hinzuzufügen, auch unter Berücksichtigung besonderer Angebote in Anlehnung an andere Städte (wie z.B. Elternbriefe in München).

8.9. Eckwerte für den Haushalt 2006
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

A0183/04

Es liegt der Antrag A0183/04 zur Beratung vor.

Stadtrat Bromberg, SPD-Fraktion, äußert sich kritisch zum Ziel des Antrages A0183/04 und bringt den GO-Antrag – Überweisung des Antrages A0183/04 in den Ausschuss FG – ein.

Der Vorsitzende der CDU-Fraktion Stadtrat Stern spricht sich für den GO-Antrag und der Oberbürgermeister Dr. Trümper und die Stadträte Brüning, PDS- und Dr. Schmidt, FDP-Fraktion, gegen den GO-Antrag aus.

Gemäß GO-Antrag des Stadtrates Bromberg, SPD-Fraktion, **beschließt** der Stadtrat mehrheitlich, bei einigen Gegenstimmen und Enthaltungen:

Der Antrag A0183/04 wird in den Ausschuss FG überwiesen.

WV: SR-Sitzung 10.03.2005

8.10.	Komplettierung Magdeburger Reiter Fraktion Bund für Magdeburg/Tierschutz	A0184/04
-------	---	----------

Der Vorsitzende der Fraktion BfM/Tierschutz Stadtrat Dr. Kutschmann bringt den Antrag A0184/04 ein.

Stadtrat Grünert, PDS-Fraktion, bringt einen Änderungsantrag A0184/04/1 ein.

Der Beigeordnete für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr Herr Kaleschky nimmt zum Antrag A0184/04 Stellung und legt dabei seine Bedenken zur Umsetzung dar.

Der Vorsitzende der SPD-Fraktion Stadtrat Löhr geht auf den Änderungsantrag A0184/04/1 der PDS-Fraktion ein und stellt dabei fest, dass dieser eine Reihe von Fragen aufwirft.

Stadtrat Schuster, CDU-Fraktion, geht auf die derzeitige Sachlage ein und verweist im Ergebnis dessen auf den damit nicht unerheblichen Aufwand.

Stadtrat Schwenke, CDU-Fraktion, bringt den GO-Antrag – Überweisung des Antrages A0184/04 und des Änderungsantrages A0184/04/1 in die Ausschüsse K, StBV und FG – ein.

Gemäß GO-Antrag des Stadtrates Schwenke, CDU-Fraktion, **beschließt** der Stadtrat mehrheitlich, bei 1 Gegenstimme und 3 Enthaltungen:

Der Antrag A0184/04 und der Änderungsantrag A0184/04/1 werden in die Ausschüsse K, StBV und FG überwiesen.

WV: SR-Sitzung 07.04.2005

- 8.11. Errichtung eines Kreisverkehrs A0185/04
 Fraktion Bund für Magdeburg/Tierschutz
-

Der Vorsitzende der Fraktion BfM/Tierschutz Stadtrat Dr. Kutschmann bringt den Antrag A0185/04 ein.

Stadtrat Ansorge, CDU-Fraktion, bringt den GO-Antrag – Überweisung des Antrages A0185/04 in den Ausschuss StBV – ein.

Gemäß GO-Antrag des Stadtrates Ansorge, CDU-Fraktion, **beschließt** der Stadtrat mehrheitlich, bei einigen Gegenstimmen und Enthaltungen:

Der Antrag A0185/04 wird in den Ausschuss StBV überwiesen.

WV: SR-Sitzung 10.03.2005

- 8.12. Vergabe des Auftrages zur Vermarktung des A0001/05
 Wasserstraßenkreuzes an einen privaten Unternehmer
 FDP-Fraktion
-

Stadtrat Klein, FDP-Fraktion, bringt den Antrag A0001/05 und den GO-Antrag – Überweisung des Antrages A0001/05 in den Ausschuss RWB – ein.

Stadtrat Seifert, CDU-Fraktion, nimmt kritisch zum Antrag A0001/05 Stellung und begründet eine Ablehnung des Antrages. Er spricht sich gegen den GO-Antrag aus. Die Stadträte Brüning, PDS- und Canehl, SPD-Fraktion, sprechen sich ebenfalls gegen den GO-Antrag aus.

Der GO-Antrag des Stadtrates Klein, FDP-Fraktion, den Antrag A0001/05 in den Ausschuss RWB zu überweisen, wird vom Stadtrat mehrheitlich, bei zahlreichen Jastimmen und einigen Enthaltungen **abgelehnt**.

Der Stadtrat **beschließt** mehrheitlich, bei einigen Jastimmen:

Beschluss-Nr. 327-8(IV)05

Der Antrag A0001/05 der FDP-Fraktion –

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, baldmöglichst eine private Firma im Wege der Ausschreibung mit der Vermarktung des Wasserstraßenkreuzes Magdeburg zu beauftragen. Außerdem sollte eine regelmäßig tagende Projektgruppe eingerichtet werden, die die wichtigsten Akteure aus Politik, Verwaltung, Unternehmen und Verbänden, die mit der Nutzung und Vermarktung des Wasserstraßenkreuzes involviert sind, zusammenfasst und die Unterstützung des Vermarktungskonzeptes gewährleisten soll. -

wird **abgelehnt**.

8.13.	Mäzenpreis für Magdeburg	A0002/05
	FDP-Fraktion	

Stadtrat Dr. Schmidt, FDP-Fraktion, bringt den Antrag A0002/05 ein.

Der Vorsitzende der SPD-Fraktion Stadtrat Löhr spricht sich gegen den Antrag A0002/05 aus.

Stadträtin Meinecke, PDS-Fraktion, erinnert daran, dass es bis zum Jahre 1990 eine Preisverleihung mit dem damaligen Erich-Weinert-Preis gab.

Der Vorsitzende der Fraktion Bündnis 90/Grüne Stadtrat Westphal unterstützt den Antrag A0002/05 insbesondere für Aktivitäten im Bereich Kultur.

Der Beigeordnete für Kultur, Schule und Sport Dr. Koch nimmt zum Antrag A0002/05 differenziert Stellung.

Stadträtin Meinecke, PDS-Fraktion, bringt den GO-Antrag – Überweisung des Antrages A0002/05 in den Ausschuss K – ein.

Gemäß GO-Antrag der Stadträtin Meinecke, PDS-Fraktion, **beschließt** der Stadtrat mehrheitlich, bei zahlreichen Gegenstimmen:

Der Antrag A0002/05 wird in den Ausschuss K überwiesen.

WV:SR-Sitzung 10.03.2005

8.14.	Übernahme einer Hilfspartnerschaft für eine Stadt in der Seebebenregion	A0003/05
-------	---	----------

FDP-Fraktion

Aufgrund der Darlegungen des Oberbürgermeisters Dr. Trümper in der Presse **zieht** der Vorsitzende der FDP-Fraktion Stadtrat Franke den Antrag A0003/05 **zurück**. Er bittet den Oberbürgermeister Dr. Trümper ein paar Ausführungen zur Thematik zu machen.

Der Oberbürgermeister Dr. Trümper informiert über das geplante Vorhaben der Stadt, ein Projekt gemeinsam mit UNICEF zu übernehmen.

9. Informationsvorlagen

Die schriftlich vorliegenden Informationen unter TOP 9.1 – 9.6 werden zur Kenntnis genommen.

Die Niederschrift erhält ihre endgültige Fassung mit Bestätigung in der darauffolgenden Sitzung.

Falko Balzer
Vorsitzender

Luther
Schriftführerin

Anwesend:

Mitglieder des Gremiums

Frömert, Regina

Kilian, Thomas

Zentgraf, Hans-Jürgen

Vorsitzende/r

Balzer, Falko

Mitglieder des Gremiums

Ansorge, Jens

Hildebrand, Jürgen Dr.

Altmann, Martin

Bischoff, Norbert

Bork, Jana

Bromberg, Hans-Dieter

Brüning, Hans-Werner

Canehl, Jürgen

Czogalla, Olaf

Danicke, Martin

Franke, Holger

Giefers, Thorsten

Gripinski, Axel

Grünert, Gerald

Heendorf, Michael

Hein, Rosemarie Dr.

Heinemann, Klaus

Heinl, Gerhard

Herbst, Sören Ulrich

Heynemann, Bernd

Hoffmann, Martin

Huhn, Dagmar

Klein, Carsten

Krause, Bernd

Kriese, Birgit

Kutschmann, Klaus Dr.

Lischka, Burkhard

Löhr, Rainer

Meinecke, Karin

Meinecke, Sven

Meinecke, Walter

Müller, Oliver

Paqué, Sabine

Reichel, Gerhard Dr.

Reppin, Bernd

Rink, Johannes

Ruden, Gerhard

Salzborn, Hubert

Schindehütte, Gunter

Schmicker, Wolfgang

Schmidt, Kurt Dr.
Schoenberner, Hilmar
Schuster, Frank
Schwenke, Wigbert
Seifert, Eberhard
Stage, Michael
Stern, Reinhard
Trümper, Lutz Dr.
Veil, Thomas
Wähnelt, Wolfgang
Westphal, Alfred
Wübbenhorst, Beate
Zimmer, Gerd Dr.
Geschäftsführung
Ignatuschtschenko, Anne Dr.
Luther, Silke